INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

30. Januar 1997

Nr. 406

Diese Woche haben wir neben vielen interessanten Mobilisierungen Peru und Südkorea als Hauptschwerpunkte. Über die informativen Zuschriften haben wir uns sehr gefreut und hoffen, daß der von uns aus dem ak übernommene Hintergrundartikel zur MRTA die Informationslücken füllen hilft.

Dies in aller Kürze, da wir (Interim-Frauen, die an der heutigen Ausgabe mitgearbeitet haben) uns auch noch zu dem Beitrag unserer "Kolleginnen" (ebenfalls kurz) äußern wollen:

Uns bleibt, auch nach wiederholtem Lesen unklar, nach welchen Kriterien Ihr vorgegangen seid, Ihr den Text ausgewählt, für gut befunden, veröffentlicht und diskutiert habt. Ihr schreibt das entscheidende Argument für den Abdruck von P.C.s Text sei der ehoffte Anstoß einer Diskussion gewesen, soweit er "sexistische Grenzen" akzeptiere. Aber genau diese Grenzen sehen wir nicht gewahrt. Leider äußert Ihr Euch nicht dazu, an welchen Stellen des Textes P.C. Eurer Meinung nach "echtes Problembewußtsein" äußert und den "Versuch, antipatriarchale Lösungen zu finden" thematisiert. Wir sehen die von Euch genannten Voraussetzungen für eine Veröffentlichung nicht erfüllt. Für uns las sich das Schreiben von P.C. als eine einzige widerliche Selbstdarstellung, die in einem gemischten Medium nichts zu suchen hat! Uns auf diese Weise zum "Widerspruch herausfordern zu lassen" (inhaltlich habt Ihr ja den Text nach eigenen Angaben nicht diskutiert), entspricht nicht unserem Selbstverständnis als Frauen!

Welche Veröffentlichungskriterien gelten nun für Euch in bezug auf Diskussionen zu Sexualität? Was habt Ihr dazu getan, daß der Text nicht nur Teil eines sexistischen roll-backs ist? Kritik an Eurem Vorgehen damit abzubügeln, daß mensch "nicht gezwungen" sei, Artikel kritisch zu lesen, finden wir daher alles andere als akzeptabel.

Uni in Lima

Impressum:

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda

V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalte:

Ordner:

Internationales Imperialistentreffen in Berlin
die G7 gibt sich am 8. Februar die Ehre!

G7 heißt der Kreis von Finanzministern und Notenbankchefs der weltweit größten imperialistischen Staaten: USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada und Italien. **Warum sind wir dagegen?**

Weil diese regelmäßigen Tagungen schon immer Ursprung von Völkermord, verschärfter Ausbeutung von Mensch und Natur, Versklavung des Trikont, Aufrüstung und galoppierender Armut sind, weil auf diesen Tagungen unsere Zukunft imperialistischen Interessen geopfert wird und weil die G7 eine Schweineinstitution und ein Mördertreff ist.

Ja, so in etwa kann eine Zusammenfassung unserer Gründe lauten! Aber!
Die G7 ist nicht nur ein verbales Feindbild, sondern dieser erlauchte Kreis sind die wahren Täter!

Die G7-Staaten haben in allen kapitalkräftigen und damit wirklich entscheidenden internationalen Organisationen, wie Weltbank und IWF die Mehrheit. Auf ihren regelmäßigen Treffen vereinbaren die Repräsentanten der Staaten eine gemeinsame Ausbeutungsstrategie. Es geht um die Rettung der angeblich krisengeschüttelten Wirtschaft des Nordens. Soll die Wirtschaft boomen, müssen profitable neue Märkte erobert werden. In der Vergangenheit war dies der Bau von meist sinnlosen Mammutprojekten und Investitionsruinen oder die Durchführung von Sterelisationsprogrammen in der so genannten 3. Welt. Die Länder selbst sind weder technologisch zur Schaffung des aufgeschwatzten Fortschritts in der Lage, noch zu dessen Finanzierung. Die G7 kann nicht nur den Service, sondern auch das Geld garantieren. Der ökonomischer Sinn für die Länder oder Naturzerstörung sind dabei Nebensache. Über die Weltbank gehen Kredite mit harten politischen und wirtschaftlichen Auflagen in die Länder und diese ohne Umweg wieder auf die Konten transnationaler Konzerne des Nordens. Die Staaten des Trikont sind noch mehr verschuldet und müssen noch mehr Sozialausgaben streichen, die Armut galoppiert weiter. Und gewonnen haben die Konzerne, die zu Beginn des Kreislaufes die Runde der G7 fragten, ob diese nicht etwas für ihre Profite tun können.
Inzwischen ist aus dem Trikont ein „Tri plus 1- kont" geworden, Osteuropa kam als Opfer hinzu. Die Atomkraftwerke Osteuropas sind ein aktuelles Beispiel neuer „Märkte". SIEMENS steht für Modernisierung und Neubau Gewehr bei Fuß, die Weltbank wird finanzieren und die G7-Staaten werden dafür sorgen, daß der Ostblock diese Verschuldung wollen muß, sei es durch Druck oder Korruption.
Diese Allianz aus Politik und Kapital steht beispielhaft für die neue und deshalb NEOliberale Version der HERRschaft von Profitinteressen über Mensch und Natur.

Kampf der Politik von **G7** und **SIEMENS**!

Auf dieser Tagung wird vor allem um die neue europäische Währung, den Euro gestritten. Eben um jenes Geld, was die weltweite Verwertungsmaschine des europäischen Kapitals am Laufen halten soll. Mit dem Euro wird, über das Zauberwort „Konvergenzkriterien", das radikale Sparprogramm in Europa begründet und erzwungen. Aber Sparen bedeutet, Zerschlagung des kollektiven Gesundheitssystems, Bildung nur für Bonzen, ein Angriff auf unsere materiellen Existenzbedingungen und eine Stabilisierung patriarchaler Strukturen in der Gesellschaft; also Verelendung und Verarmung auf der einen, und weiter schwindelerregende Profite auf der anderen Seite. Solange Rassismus, Sündenbocksuche und Standortmythos erfolgreich die Hirne verkleistern, können die HERRschenden ihre Schweinereien ungestört durchziehen und sogar als Mehrheitswillen verkaufen.
Die Parallelen zu den verordneten Sparprogrammen von IWF und Weltbank im Trikont sind nicht zufällig. Denn die Systematik, das Wesen des Neoliberalismus ist immer das selbe, weil die selben Interessen dahinterstehen.
In diesem Interesse ist der Profit alles und das Menschenleben nichts! Das Kapital denkt neoliberal! Der Kreis der G7 ist das Marionettentheater, das aus der neoloberalen Theorie menschenverachtende Praxis macht, indem Menschen entweder zu Ausbeutungsobjekten degradiert werden oder verurteilt zu Elend und Tod!

Zeigt Eure Wut und heißt sie willkommen!
Beteiligt Euch an den Aktionen am 8. Februar!

Aktionstreffen: **Dienstag, 4. Februar, 20.00 Uhr, Versammlungsraum Mehringhof**

An den Schnitt//- //stellen der Kommunikations//- //gesellschaft

Eine Veranstaltung zu Informationstechnologien, Datenautobahnen, Glasfaserkabeln und Kommunikation.

Ausgehend von dem Film „How to come Through", in dem ein Anschlag auf das Glasfasernetz des Frankfurter Flughafens dokumentiert wird, haben wir uns das Glasfaserkabel herausgegriffen und es in den Mittelpunkt einer Veranstaltung gestellt.

Wir hängen heute praktisch alle in Netzen von Kommunikationstechnologie und ziehen unseren Nutzen daraus.
Zum Teil ungewollt oder unbeachtet, z.B. bei Banken oder Behörden, zum Teil sehr gewollt, wie bei Telefon oder Internet.
Auf jeden Fall meißtens unkritisch.

Unsere Veranstaltung soll ein Versuch sein die Rolle von Kommunikationstechnologien bei gesellschaftlichen Prozessen kritisch zu beleuchten.

Wirtschaftliche Aspekte, wie Flexibilisierung, Globalisierung, Kontrolle von Produktion und Arbeit oder die „Dienstleistungsgesellschaft" sind dabei ein Bereich.

Die Reproduktion und Verfestigung gesellschaftlicher Verhältnisse sind ein weiterer Bereich.

Und unsere persönliche Veflechtung mit Kommunikationstechnologien ist ein dritter.

In der Veranstaltung soll das Besondere des Glasfaserkabels gegenüber herkömmlichen Systemen dagestellt werden.

Besonders am Beispiel Berlins sollen Fragen wie:
- Welche Interessengruppen treiben den Bau von Glasfasernetzen voran?
- Wer nutzt sie (zur Zeit) hauptsächlich und wofür?,
- Wer verdient daran?
  Was haben wir damit zu tun?
  geklärt werden.

Da wir auf der Veranstaltung mehr möchten als Film und Vortrag (nämlich 'ne Diskussion) stellen wir hier Thesen und Fragestellungen vor an denen wir in der Vorbereitung diskutiert haben.

Bei diesen Diskussionen sind wir zu keiner gemeinsamen Haltung gekommen, deswegen sind auch die folgenden Thesenkomplexe so unzusammenhängend und widersprüchlich:

Thesen zur Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnologie

1. Kommunikation
   - Ausgangspunkt für Kommunikation und Information sind Motivation und Sinnhaftigkeit
   - Kommunikations- und Informationsprozesse sind die Grundlage für gemeinsames Handeln

   Wenn Kommunikation gewollt und für notwendig angesehen wird, so findet sie statt und sucht sich das geeignete Medium

2. IuK-Technologien
   - Kriterien für den Aufbau von IuK-Technologie
     Die derzeitige technische und infrastrukturelle Entwicklung vollzieht fast ausschließlich sich anhand Kriterien ökonomischer Effizienz:
     - Schnelligkeit
     - Erreichbarkeit Verfügbarkeit
     - multivariante Einsatzmöglichkeit
     - Vermarktbarkeit
     - Kosteneinsparung
     - Kapazitätserweiterung
   - Veränderung von Kommunikation
     - Anhand dieser Kriterien werden Kommunikation und Information zerlegt, auf ihre standardisierbaren, formalisierbaren und algorithmisierbaren Elemente hin untersucht um anschließend softwaretechnisch daran strukturiert zu werden. (Taylorisierung der Kopfarbeit)
     - Kommunikation über ein technisches Medium wird zunehmend bedeutsamer und „normaler" und verdrängt direkte, zwischenmenschliche Kommunikation
     - die ökonomischen und technischen Anforderungen zur Nutzung von IuK-Technologien
     - Aufwertung von effizienter, schneller Kommunikation gegenüber sozialer, reproduktiver Kommunikation
   - Struktur von IuK-Technologien
     - IuK-Technologien ermöglichen eine umfassende Überwachung von Kommunikation (Kommunikationsinhalte, Kommunikationsprofile)
     - IuK-Technologien grenzen aufgrund ökonomischer und technischer Barrieren weite Teile von Kommunikationsprozessen aus
     - IuK-Technologien effektivieren in erster Linie die ökonomischen und verwaltungstechnischen Prozesse
     - IuK-Technologien verändern Arbeitsbedingungen (Globalisierung)

   ==> IuK-Technologie als ein Beispiel von Hochtechnologie ist allein aufgrund seiner spezifischen Struktur Herrschaftstechnologie

3. Fragen
   Obwohl eine qualitative Unterscheidung möglich ist, wer von der Nutzung dieser Technologie vornehmlich profitiert, gilt es festzuhalten, daß jedeR von uns von ihrem Einsatz profitiert oder zumindest betroffen ist, unabhängig davon wie aktiv und bewußt mit IuK-Technologien umgegangen wird. Für einen HERRschaftskritischen Umgang und eine linksradikale politische Positionierung stellen sich mir folgende Fragen:

   - Wie sehen in unserer Szene und bei jedeR einzelnen von uns Kommunikations- und Informationsprozesse aus und wie gehen wir damit um?
   - Welchen aktiven und passiven Umgang haben wir mit den neuen IuK-Technologien?
   - Wo und unter welchen Rahmenbedingungen läßt sich ein sinnvoller Einsatz feststellen und wo nicht?
   - Wie sieht eine linksradikale Position bezüglich Struktur und Nutzung von IuK-Technologien aus?
   - Welchen symbolischen und qualitativen Sinn machen Aktionen wie „how to come through" für linksradikale technikkritische Politik?

Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-T): Für eine Kritik von Innen

1. Technik ist *nicht* das Subjekt der Geschichte: Weder einzelne technische Apparate (Küchenquirl), noch ganze technologische Komplexe (Summe aller für einen Technologiebereich notwendigen Apparate) *handeln*. Technik schafft beispielsweise auch keine Sachzwänge, sondern Menschen produzieren unter bestimmten gesellschaftlichen Gegebenheiten Technologien und schaffen damit neue Gegebenheiten, die dann unter Umständen von interessierter Seite als Sachzwang interpretiert wird.

2. **Technologien sind nicht neutral**: Sie wurden bislang immer in Gesellschaften produziert, die von Macht und Herrschaft durchzogen sind. Diese Herrschaftsverhältnisse bewirken die Entwicklung ganz bestimmter Technologien im Gegensatz zu anderen. (Ohne Kapitalismus weder Fließband noch Stechuhr; Im Patriarchat nur zu tiefe Spülbecken, wenig Mittel für die Entwicklung von Empfängnisverhütungsmitteln, die von Männern angewandt werden...).

3. **Macht und Herrschaft sind gesellschaftliche Verhältnisse!**: Jedes Macht- oder Herrschaftsverhältnis funktioniert nur deswegen, weil es Beherrschte gibt, die sich in diesem Verhältnis auch beherrschen lassen. *Kein* gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis besteht einfach aus einer Gegenüberstellung genau zweier je einheitlicher Interessen: des der Unterdrücker gegen das der Unterdrückten; die im beständigen Krieg liegen. Statt dessen gab es bislang immer weite Bereiche, in denen breit getragene Kompromisse funktionieren. (Vorstellung vom gerechten Lohn; Eheglück...) Weil Technologien durch die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse geprägt sind, sind sie auch von den Kompromissen, dem "Konsens" und der Mitwirkung der jeweils Unterdrückten und Ausgebeuteten geprägt. Es gibt kein Außen.

4. **Elektronische Informations- und Kommunikationstechnologien sind aus dieser Gesellschaft nicht mehr wegzudenken**: Die IuK-T sind zwar nicht die letzte Ursache einer ganzen Reihe gesellschaftlicher Umwälzungen — teilweise globalen Ausmasses — der letzten 25 Jahre, sie sind aus diesen Entwicklungen aber auch nicht wegzudenken. Sie spielen eine unverzichtbare Rolle in der Ausweitung des Dienstleistungsbereiches, der Globalisierung, der Flexibilisierung von Produktion, der Umgestaltung des Verhältnisses Metropole/Peripherie und bei der Reproduktion von Klassen- und Geschlechterverhältnis auf symbolischer Ebene.

5. **Wir alle sind in die gesamtgesellschaftliche Vermitteltheit auch durch IuK-T einbezogen**: Selbst wenn wir immer mit Münzen am "Münzfernsprecher" telefonieren, hängt der doch an einer digitalen Vermittlungsstelle, wird seine Produktion und Wartung über IuK-T organisiert. Haben wir einen McJob als Telefonzellenreiniger/in, dann werden wir über eine EDV-Lohnbuchaltung verwaltet, bekommen unseren Lohn per Dauerauftrag und über Glasfaser und kaufen mit dem Geld im Bioladen ein...

6. **Widerständigkeit ist nie unmöglich**: Daß es kein Außen gibt, wohin wir aus der Gesellschaft aussteigen können, bedeutet nicht, daß es nicht möglich ist, sich einigermaßen bewußt und strategisch zu verhalten. Politisch wirken zu wollen bedeutet dann aber, genau zu analysieren, wie gesellschaftliche Verhältnisse funktionieren, um sich *in* ihnen gegen sie richten zu können. Dabei werden wir immer auch Teil genau der gesellschaftlichen Verhältnisse bleiben, solange diese sich nicht verändern (abgeschafft werden).

7. **In einigen Bereichen müssen wir selbst IuK-T anwenden**: In der Solidaritätsbewegung zu Lateinamerika... ist die Koordination über emails inzwischen unverzichtbar geworden. Die Anwendung der IuK-T durch staatliche Verwaltungen und Konzerne läßt uns keine andere Wahl. Hätten sich die Zapatisten in Mexiko ausschließlich auf „Face-to-Face" Kommunikation verlassen wüßten wir bis heute nichts davon oder nur die regierungsoffiziellen Verlautbarungen. Aber auch hier in der Metropole gibt es Beispiele: Die Radikal, deren Zensur im Internet wesentlich heftiger diskutiert wird, als in den konventionellen Medien. Der Trend, ehemals die Zeitschrift der GEW Kreuzberg ist in den virtuellen Raum geflohen, weil die GEW den Geldhan zudrehte und eine Papierausgabe nicht finanzierbar war.

Thesen zu modernen Daten -und Kommunikationstechnologien

Moderne Daten- und Kommunikationstechnologien symbolisieren die moderne Art des Lebens in den Industrieländern: schnell, präzise, fehlerfrei.

Das Leben (die Kultur) soll den modernen DuK-technologien angepaßt werden und nicht andersrum. DuK- Technologien sind langfristig gesehen Lebensfeindlich.

Die Entwicklung von DuK- Technologien findet so rasch und professionell statt, daß sie in den Händen weniger landet und für den Großteil der Menschen weder nachvollziehbar noch konkret kritisierbar wird.

Thesen zum Widerstand gegen Glasfaserkabel

Weil sie überall angreifbar sind , bilden die technologischen Infrastrukturen (Stromtrassen, Eisenbahnlinien, Glasfasernetze...) empfindliche Schwachstellen im Funktionsapperat der „modernen Gesellschaften".
Nötige Zielgerichtetheit oder in kauf zu nehmende Streuwirkungenhängen von der Eingebundenheit in Kampagnen und entsprechender Vermittelbarkeit ab, aber auch von unserem Verhältnis zur betreffenden Technologie.

Jenseits der sinnvollen Anbindung an konkrete Forderungen beinhaltet die Sabotage an Glasfaserkabeln die Option des radikalen Widerstandes gegen den informationstechnologischen Angriff. Denn die sogenannte moderne Kommunikationsgesellschaft ist nichts anderes als der täuschende Begriff für eine neue Dimension sozialer Zerstörung.



Eine Veranstaltung mit *zwei* Terminen:

Mittwoch 5.2.97
X-B*Liebig
Liebigstr.34
U5 Petersburger Str.
Tram 20/21 Bersarinplatz

__19 Uhr Film:__
„How to come Through" Dokumentation zu einem Anschlag auf das Glasfasernetz des Frankfurter Flughafens

__20 Uhr Informationen und Diskussionen:__
- Zur Bedeutung von Kommunikationstechnologien für gesellschaftliche Prozesse
- zu Glasfasernetzen in Berlin
- zum Nutzen von Kommunikation und Kommunikationstechnologien für emanzipatorische Politik

Texte und Dokumente, die uns für die Veranstaltung hilfreich waren, haben wir in einem Reader zusammengefaßt. Den gibts im Infoladen Daneben (Liebigstraße 34 10247 Berlin / F'hain) und bei der Veranstaltung.

Kein neues Nazi-Zentrum in NRW!

Seit einigen Monaten ist in Eschweiler Dürwiß der Verlag der Nazi-Postille *Europa Vorn* ansässig. Inhaber des Verlags ist der bundesweit als Funktionär der *Deutschen Liga für Volk und Heimat* bekannte Manfred Rouhs. In Zusammenarbeit mit den führenden Nazikadern der Region plant er, das Haus zu einem Nazi-Zentrum von überregionaler Bedeutung auszubauen. Bereits jetzt finden dort regelmäßig Funktionärstreffen statt. Im Oktober 1996 führte Rouhs dort eine Großveranstaltung mit 250 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet durch. Rouhs hat jetzt einen Rückschlag erlitten, da Teile des Gebäudes seinem Zugriff entzogen wurden. Der Verlag aber bleibt und verspritzt weiter sein Gift.

Manfred Rouhs gehört zu den wichtigsten Funktionären der deutschen Naziszene. Von 1989 bis 1994 saß er für die *Republikaner* bzw. die *Deutsche Liga* im Kölner Stadtrat. Er war maßgeblich verantwortlich für die rassistische Hetze der Fraktion, die 1993 in einer beispiellosen Kopfgeldjagd auf eine in Köln lebende Roma-Frau gipfelte. Seit einer Wahlniederlage 1994 treibt Rouhs die landesweite Vernetzung der Naziszene in regionalen Gesprächs- und Aktionskreisen (sog. *Runde Tische NRW*) voran. Seinen Einfluß in dieser Szene verdankt er jedoch vor allem der Zeitschrift *Europa Vorn*, die zeitweise zu den wichtigsten neofaschistischen Theorie- und Strategieblättern gehörte. Durch Management und Vertrieb von Nazirock-CDs wirkt er außerdem in die militante Skin-Szene hinein. Im Frühjahr 1996 mußte er sich aufgrund massiven Widerstandes und juristischer Querelen aus Köln zurückziehen - ins vermeintlich ruhige Hinterland.

Doch auch in Eschweiler sind Menschen der Meinung:

Eschweiler darf kein Nazi-Zentrum werden!

Nachdem Rouhs' Anwesenheit in Eschweiler bekannt gemacht wurde, schlossen sich antifaschistische Parteien, Gruppen und Verbände zum *Eschweiler Bündnis gegen alte und neue Nazis* zusammen. Als Rouhs am 26. Oktober, begleitet von antifaschistischen Protesten, ein Nazikonzert mit 250 TeilnehmerInnen durchführte, bildete sich auch im Stadtteil Dürwiß die AnwohnerInneninitiative *Gemeinsam gegen Neonazis*. Beide Initiativen haben seitdem parallel eine Vielzahl von Aktivitäten gestartet. Bei einer zweiten antifaschistischen Demonstration am 9. November, die sich gegen eine von den JN angekündigte „Nationale Großkundgebung" richtete, beteiligte sich bereits eine größere Anzahl von AnwohnerInnen. In kurzer Zeit konnten nahezu 1.000 Unterschriften gesammelt werden. Rat und Verwaltung wurden aufgefordert, Stellung zu beziehen und aktiv zu werden.

Die im Stadtrat vertretenen Parteien griffen den Protest auf und verurteilten in einer Resolution einstimmig „Gewalt und Hetze gegen ausländische Mitbürger und andere Minderheiten". Sie riefen dazu auf, „gemeinsame friedliche Aktionen gegen Neonazismus und Rassismus in Eschweiler durchzuführen". Ein ruhiges Hinterland hat Rouhs jedenfalls nicht gefunden.

Um den Widerstand vor Ort zu stärken, Mut zu machen und auf die Gefahr des Nazistützpunkts *Europa Vorn* hinzuweisen, ruft das *Eschweiler Bündnis gegen alte und neue Nazis* auf, gegen dieses faschistische Zentrum vorzugehen:

Kommt zur
Demonstration in Eschweiler

Samstag, 1. Februar 1997

Beginn: 11.00 Uhr, Talbahnhof

Treffpunkte zur Abfahrt: aus Aachen und Düren jeweils 10.00 Uhr Hauptbahnhof, Rückfahrt aus Dürwiß mit Sonderbus zum Eschweiler Bahnhof

Info-Telefon: ab 13.1.97 und während der Demonstration: 02403-21016

Veranstalter: Eschweiler Bündnis gegen alte und neue Nazis

Der Aufruf wird unterstützt von: AK gegen Rechts, Bunte Gruppe, SPD Stadtverband, Grün-Alternative Jugend, (alle Eschweiler), JungsozialistInnen Eschweiler und Aachen, DKP Düren und Aachen, VVN-BdA Landesverband NRW und Aachen, Antifa Düren, Gruppe Z, Stolberg, Unabhängige Antifa Aktiv Essen, AGIF, Werkgroep tegen facisme en racisme Heerlen- NL, Sozialistische Alternative SAV, JO/JRE Jugend gegen Rassismus, Libertäres Zentrum 'Charlotte', Fachschaften Philosophie und Mathe-Physik-Informatik RWTH, PDS, Flüchtlingsplenum, DGB, Aachener Friedenspreis (alle Aachen)

Europa vorn - Verstärkung für den braunen Sumpf im Raum Aachen

Die Aktivitäten von Manfred Rouhs sind nicht zu trennen von der militanten Nazi-Szene der Aachener Region, die auch unabhängig von Rouhs weitermachen wird. Dieses braune Netz tritt immer wieder mit Gewalttaten in Erscheinung, so etwa, als der Eschweiler Rep-Landtagskandidat Andreas Hartnack 1995 einen Eschweiler Schüler mit der Schußwaffe bedrohte.

Rouhs arbeitet eng mit Sascha Wagner aus Herzogenrath zusammen, der auch das Nazikonzert im Dürwißer Europa Vorn-Verlagsgebäude organisierte. Der ehemalige Bundesgeschäftsführer der *Jungen Nationaldemokraten* (JN), der Nachwuchsorganisation der NPD, gehört zu den Organisatoren der alljährlichen „Rudolf Heß-Gedenkmärsche". 1994 rief er zur Sammlung von Namen und Fotos antifaschistischer und antirassistischer Menschen auf. Der Aufruf war Teil der braunen „Anti-Antifa"-Kampagne, in deren Rahmen auch die Briefbombenanschläge der vergangenen Jahre stehen. Bis vor einem Jahr unterhielt Wagner ein JN-Büro in der Zentrale der inzwischen illegalen Wiking-Jugend, dem Haus der Familie Nahrath in Stolberg-Büsbach. Seit April vorigen Jahres ist in Aachen ein bekannter Sprengstoffspezialist der „Anti-Antifa" aktiv. Markus Kalenborn wurde in Dortmund zu einer 21 monatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt, weil er an mehreren Anschlägen und einem Mordplan beteiligt war. In Aachen bedrohte er zusammen mit anderen Nazis einen Antifaschisten mit einer Schußwaffe. An einem Auto, das diesem Antifaschisten zugeordnet wurde, sabotierten „unbekannte" die Bremsen, auf sein Fenster wurde geschossen.

Die Wiking-Jugend mit ihrer Stolberger Zentrale ist neben der JN die wichtigste Nazi-Struktur der Region. Sie gleicht einer fetten Spinne im braunen Netz, verfügt über weitreichende Kontakte zu deutschen und internationalen Nazigruppen und ins militante Spektrum. Einer ihrer Führungsfunktionäre, Ulf Nahrath, wohnt in Eschweiler-Hehlrath und gehörte zeitweise der Führung der mittlerweile verbotenen Nazi-Partei FAP an. Sein Vater Wolfgang Nahrath aus Stolberg, als ehemaliger „Bundesführer" der Wiking-Jugend eine der Schlüsselfiguren der europäischen Naziszene, sitzt im Präsidium der NPD.

Neben Sascha Wagner und der Familie Nahrath gehört Michael Prümmer aus Stolberg-Schevenhütte zu den braunen Führungskadern der Region. Der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der JN betreibt seit Mai 1996, ähnlich wie Rouhs, einen eigenen Versand für neofaschistische Literatur und Musik und treibt die Nutzung der elektronischen Medien für die Naziszene voran. Zu diesem Zweck führte er mindestens eine Tagung des *Arbeitskreis Internet* der JN im Stolberger Nahrat-Haus durch. Auch er arbeitet inzwischen mit Manfred Rouhs zusammen und versucht mit der Herausgabe einer Regionalzeitung für den Raum Aachen-Düren vor Ort aktiv zu werden.

In der Region hat sich damit ein fester brauner Sumpf mit weitreichenden, grenzübergreifenden Kontakten etabliert, der von überregional tätigen Kadern angeführt wird und über eigene Zentren verfügt: So etwa die bereits erwähnte Wiking-Jugend Zentrale in Stolberg oder das Haus der neofaschistischen Burschenschaft Libertas in Aachen. Auch diesen Strukturen gilt unser Widerstand, und wir wollen verhindern, daß sie durch Manfred Rouhs weiter gestärkt werden.

Am 1. Februar: Gemeinsam gegen den Rechtsruck

Wir haben den 1. Februar 1997 als Termin für die Demonstration gewählt, um an den 30. Januar 1933 zu erinnern, den Tag, an dem Reichspräsident Hindenburg die staatliche Macht an Adolf Hitler übertrug. Diese Machtübergabe schloß einen umfassenden Rechtsruck in der Endphase der 1. Republik ab, zu der wir zahlreiche Parallelen in der Entwicklung der Bundesrepublik seit 1989 sehen.

Wir betrachten es als alarmierend,

- wenn das Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit eingeschränkt wurde,
- wenn die Grenzen zwischen konservativen und faschistischen Positionen zunehmend verschwimmen,
- wenn deutsche Truppen wieder weltweit eingesetzt werden,
- wenn demokratische und soziale Rechte gegenüber Staat, Betrieben, Schulen und Hochschulen ständig weiteren Attacken von Unternehmen, Bundes- und Landesregierung ausgesetzt sind.

Ähnlich wie IG Metall-Chef Zwickel sehen wir die Unternehmerverbände und Regierungen auf dem Weg in eine andere Republik, in der die Errungenschaften der demokratischen, gewerkschaftlichen und sozialen Bewegungen keinen Platz mehr haben. Wir wählen den 30. Januar zum Anlaß, um zum Kampf nicht nur gegen Nazis, sondern gegen den gesamten Rechtsruck in allen Teilen der Gesellschaft aufzurufen. Wir erklären unsere Unterstützung für gewerkschaftliche, studentische, Frauen-, Umwelt- und Behinderteninitiativen sowie insbesondere Gruppen, die Flüchtlinge im Kampf um die letzten verbliebenen Reste des Asylrechts unterstützen. Wir setzen uns ein für den Ausbau sozialer Sicherungssysteme und die Demokratisierung aller Lebensbereiche, für Bildung und Ausbildung für alle, für gleiche demokratische und soziale Rechte für alle hier lebenden Menschen. Für ein effektives Vorgehen gegen Nazis mit den Mitteln, die für die Auflösung der Nazistrukturen nötig sind. Und für eine Gesellschaft, die nicht vor Elend und Menschenrechtsverletzungen weltweit die Augen verschließt, sondern sich für Flüchtlinge öffnet.

V.i.S.d.P.: K. Heiler, Aachen

Stoppt die rassistische Gewalt der Polizei!

(im Sozialamt und anderswo...)

Am 19.3.96 riefen die MitarbeiterInnen des Sozialamtes Wedding die Polizei, um einen Flüchtling aus dem Libanon und seinen Begleiter aus ihren Büroräumen zu werfen und das Anliegen des schwerbehinderten Mannes zu ignorieren.
Die ZivilbeamtInnen des nahen Polizeiabschnittes in der Pankstraße taten dies in einer Weise, die gerade dieses Polizeirevier schon des öfteren in die Schlagzeilen gebracht hat. Der Flüchtling verlor dabei sein Glasauge und sein handamputierter Arm wurde so verletzt, daß er stark blutete. Statt auf die Bitte des Mannes um ärztliche Hilfe einzugehen, brachte man ihn im Streifenwagen zu einer Brücke im Wedding und setzte die beiden Männer dort auf die Straße.
Die Staatsanwaltschaft stellte das Ermittlungsverfahren gegen die zwei BeamtInnen wegen Körprverletzung im Amt nun mit der skandalösen Begründung ein, das Opfer der BeamtInnen hätte sich die Verletzungen selbst zugefügt. Einmal mehr ist die ermittelnde Staatsanwaltschaft schnell dabei, dem Korpsgeist der Polizei Glauben zu schenken und den betroffenen Flüchtling obendrein noch mit einer Anzeige wegen Falschaussage weiter zu verfolgen. Auch die MitarbeiterInnen des Sozialamtes unterliegen diesem Korpsgeist und wollen nichts gehört und nichts gesehen haben...
Kommt deshalb zur...
Polizeigewalt im Sozialamt als Spitze eines Eisberges... Unter dieser Spitze liegt die tagtägliche Gewalt. Die Gewalt, daß Leuten ihre Rechte vorenthalten werden, die Gewalt, daß ihnen nicht zugehört wird, die Gewalt einer undurchschaubaren Bürokratie, die Rechtsansprüche wie Gnadengesuche behandelt...
Kommt deshalb zur

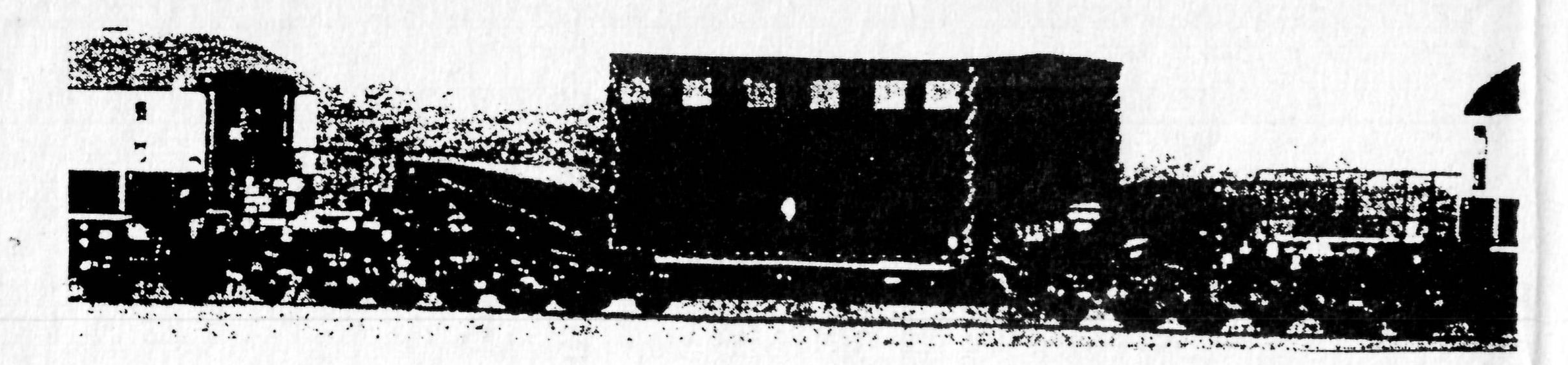
Kundgebung vor dem Sozialamt Wedding

Müllerstr.146/ U-Bahn Leopoldplatz

Freitag, 31. Januar 11.00 Uhr

Antirassistische Initiative

wir haben in der nacht vom 25. auf den 26.12.1996 die luxuskarre der spekulantenfirma olaf wolf immobilien, prinz handjerystr.14, verbrannt. das war erst der anfang, es gibt keine sicherheit für wohnraumspekulanten
wohnraum darf keine ware sein
adel verpflichtet



Es wird mal wieder ernst: Der nächste Castor-Transport ist für März '97 angekündigt. Bundesweit bereiten sich Gruppen darauf vor. Wir sind jedoch nicht die einzigen: Auf der Innenministerkonferenz stand das Thema ganz oben auf der Tagesordnung, der Verfassungsschutz hetzt gegen den Castor-Widerstand. Der Castor wird zunehmend als sicherheitspolitischer Fall wahrgenommen, weniger als politische Auseinandersetzung um den Ausstieg aus der Atomenergie und somit die Beendigung der Atommüllproduktion. Genau dieses ist aber der Konflikt, um den es uns geht. Schwierig für die Anti-Atom-Bewegung wird es, wenn wir uns selbst als reine Anti-Castor- Bewegung auffassen oder durch die Öffentlichkeit so wahrgenommen werden. Daß die Deutsche Bahn AG Ziel vielfältiger Aktionen ist, ist zwar gut, zeigt aber auch eine inhaltliche Eingleisigkeit auf. Atommüll wird zur Zeit als Problem zwischen Kraftwerk X bis ins Zwischenlager Gorleben aufgefaßt.
Erstaunlich gut kommen dabei jedoch die VerursacherInnen des Atommülls - die Energieversorgungsunternehmen (EVU), als BetreiberInnen von AKW - weg. Sie allein sind verantwortlich für die ungebremste Produktion des Atommülls.
Atomanlagen stehen leider immer noch überall im Land herum. Sie bieten zusammen mit Informationsbüros und Verwaltungsgebäuden der EVU ein weites Feld für Aktionen...
Deshalb rufen wir im Namen des Deligierten-Treffs Wendland auf:

Bundesweiter, dezentraler Aktionstag am Samstag, den 01.02.97

ATOMMÜLLTRANSPORTE STOPPEN - ATOMLOBBY ANGREIFEN

- Das Übel an der Wurzel packen -

Im Mittelpunkt des Aktionstages sollen die EVU stehen, die als ProduzentInnen von Atomstrom hauptverantwortlich für den Betrieb von Atomanlagen sind.
Wenn wir am ersten Februar auf die Straße gehen, um die EVU angreifbar zu machen, dann geht es nicht allein um die Produktion von Atomstrom. Vielmehr sollen die ökonomische Potenz und die Verflechtungen aufgezeigt werden und noch mehr Menschen für die Machenschaften der Atomindustrie sensibilisiert werden.
An möglichst vielen Orten sollen Aktionen und Demonstrationen stattfinden, dabei könnt Ihr euch Eure eigenen Aktionsformen überlegen. (Von bunter Groß-Demo, über Flugblätter verteilen, Agit-Prop-Aktionen oder dem Sprengen der EVU-Gebäude mit Gießkannen sind Eurer Phantasie keine Grenzen gesetzt.) Um eine möglichst breite Öffentlichkeitswirksamkeit zu erzielen, ist es notwendig, daß Ihr euch regional um Pressearbeit bemüht, während für bundesweite Presse gesorgt ist.
Der Aktionstag gegen die EVU soll als Startschuß für bundesweite Proteste gegen den Castor-Transport gesehen werden. Dieser Auftaktveranstaltung folgt am 08.02.'97 eine Demonstration in Berlin, sowie das Aktionswochenende „Renaturierungsmaßnahmen" im Wendland, bevor mit dem Wochenende X-Minus ein letztes Signal gesetzt wird.



Im folgenden versuchen wir einige wichtige Fakten zu den Energieversorgungsunternehmen zusammenzutragen, um damit die Notwendigkeit des Aktionstages zu untermauern.

Die Struktur der Energieversorgungsunternehmen

Die Organisation der deutschen Stromwirtschaft ist ein ökonomisches und politisches Machtkartell, das wegen der Verflechtungen untereinander und der wirtschaftlichen Stellung, die es genießt, ein Umsteuern in der Energiepolitik zu verhindern weiß. Bei der Stromwirtschaft handelt es sich um die einflußreichste UnternehmerInnengruppe.
Bundesweit gibt es neun Großunternehmen, die 4/5 des Strombedarfs der öffentlichen Versorgung decken. Der Jahresumsatz liegt bei etwa 100 Mrd. DM. Mit 14 Mrd. DM sind die EVU nicht nur die größten industriellen InvestorInnen, sondern bieten ob ihres Ausmaßes über 200 000 Arbeitsplätze. Seit dem ersten Weltkrieg hat sich die Anzahl der EVU stark reduziert. Derzeit gibt es neun, den Strommarkt bundesweit beherrschende Unternehmen. Das größte EVU ist die RWE Energie AG. Dicht dahinter folgen die PreussenElektra AG und das Badenwerk. Unter diesen Großgebietsstrukturen gibt es noch kleinere EVU. So existieren noch 63 Strombetriebe auf der Regional - und 950 auf der Kommunalebene. Es gibt jedoch einen eindeutigen Trend zum Aufkauf dieser Kleinunternehmen durch die Stromriesen. Dabei ist auch zu beachten, daß die Kleinunternehmen natürlich schon jetzt nicht autark wirtschaften, sondern zu wesentlichen Prozentsätzen durch Kapitalbeteiligungen oder Lieferbeziehungen in der Hand der großen Unternehmen sind. Es gibt nur etwa zehn Regionalunternehmen, die nicht offensichtlich beherrscht werden.

Das Geflecht der EVU

Die sieben westdeutschen Verbundunternehmen sind bis auf die Badenwerk AG miteinander verflochten und gemeinsam EigentümerInnen der ostdeutschen VEAG, sowie MehrheitsaktionärInnen der 12 regionalen EVU.
Gemeinsam kontrollieren die Stromriesen rund 90 % der Stromproduktion und -verteilung und herrschen über die Gebietsmonopole. Dadurch bestimmen sie über den Kraftwerksbau und weitere Ausbauten von Atomanlagen.
In den EVU als privatwirtschaftliche Unternehmen werden die Entscheidungen nach ökonomischen Kriterien gefällt und sind damit außerhalb jeglicher demokratischer Kontrolle. Eine Bevölkerungsmehrheit für den Ausstieg aus der Atomindustrie findet keine Berücksichtigung. Auch seitens des Staates wird kein Lenkungsversuch unternommen. Zum einen versagt der Staat hinsichtlich der Steuerung und Kontrolle, hinzu kommt die innige Verfilzung staatlicher Instanzen mit der Energiewirtschaft.
Die öffentliche Hand ist zwar Hauptkapitaleignerin, dennoch kann nicht von staatlicher Aufsicht gesprochen werden. Das läßt sich zurückführen auf die uneinheitlichen Interessen der VertreterInnen aus der Politik. Denn: Die mehrheitliche Beteiligung wird aufgelöst durch die Beherrschung durch verschiedene Körperschaften; mal sind Bundesländer vertreten, mal Kommunen, anderenorts wieder der Bund, der seine Interessen wahrzunehmen versucht. Wegen dieser Interessenvielfalt ist also keine Einflußnahme seitens staatlicher Institutionen möglich. Dieses ist momentan bei Betrachtung der herrschenden Politik sicherlich auch wenig erheblich, denn auch dort ist von einem wirklichen Ausstieg keine Rede. VertreterInnen aus Politik und Kapital sind ebenfalls wie alle anderen Wirtschaftseinheiten an einer möglichst hohen Gewinnausschüttung durch den Betrieb der Atomanlagen interessiert, die gemeinsam den Interessen eines Ausstiegs entgegenstehen.

Personelle Verflechtungen

Die Energieversorgungsmafia ist nicht nur auf Unternehmens- bzw.Kapitalbesitzebene spinnwebenartig verwoben (sowohl untereinander, als auch mit den wichtigsten Banken, Versicherungen und der Industrie), sondern auch die personellen Verflechtungen sind bezeichnend: So ist der Vorstandsvorsitzende Dietmar Kahnt gleichzeitig Beirat bei der PreussenElektra und der Dresdner Bank (Rheinland), der Aufsichtsratsvorsitzende Wolfgang Röller hat den selben Posten bei der Dresdner Bank, als stellvertretender Aufsichtsrasvorsitzender bei der Allianz Holding, als Beirat bei der Hypobank und nicht zuletzt als Aufsichtsrat bei Siemens. Mit Hilmar Kopper (Dt. Bank) und Friedhelm Gieke (ehem. W RWE) sind noch zwei Männer im Aufsichtsrat , die gleichzeitig bei bei VEBA bzw. PreussenElektra die Karten mischen. (Stand 94/95) Dies sind nur einige Beispiele der unendlichen Verfilzung.

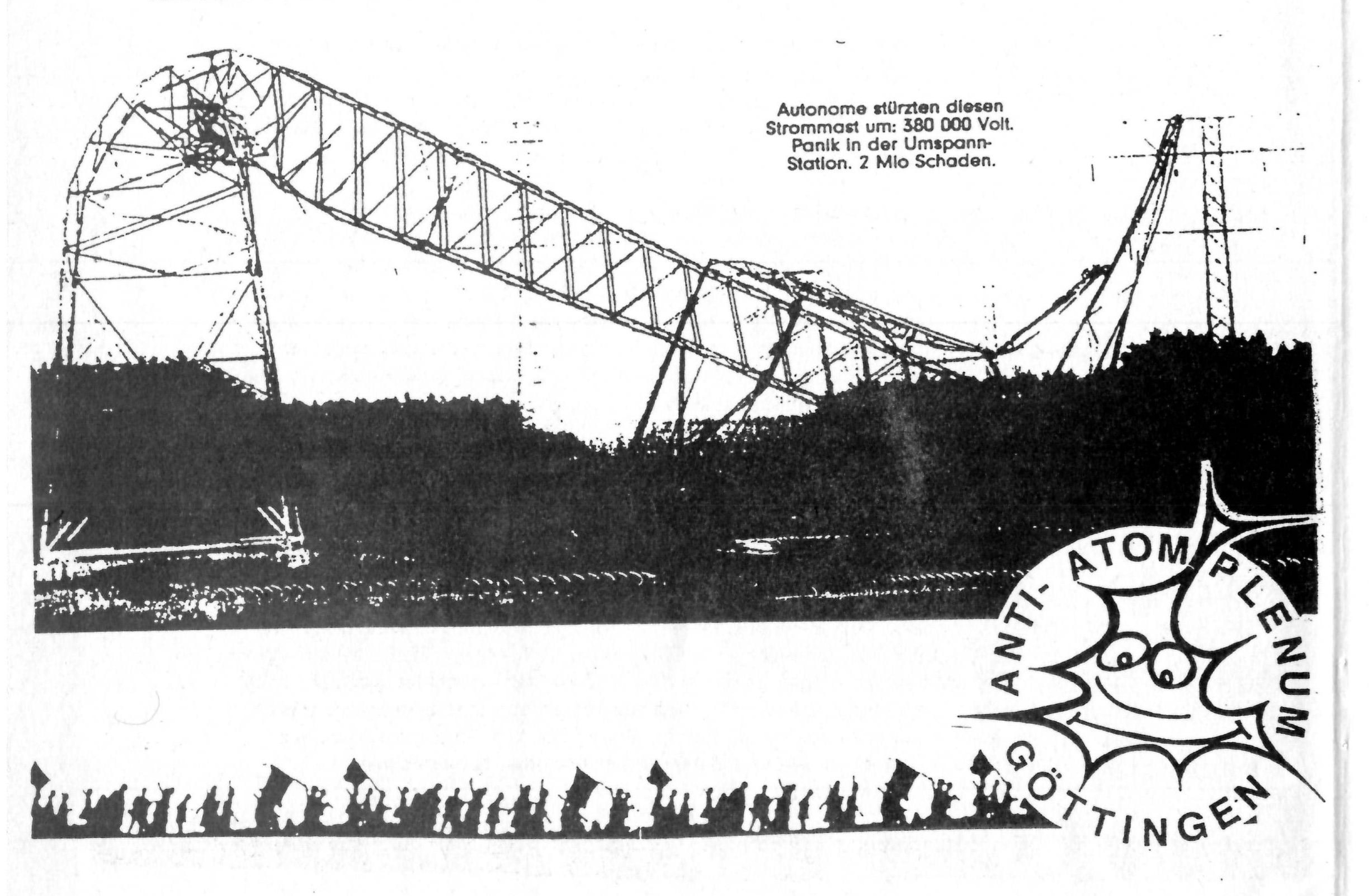


3. Blockade regenerativer Energien: Die Entwicklung und Inbetriebnahme dezentraler und erneuerbarer Energien wird von den EVU nicht nur nicht vorangetrieben, sondern direkt behindert. Erst seit 1991 wurde mit dem Stromeinspeisungsgesetz (StrEG) eine halbwegs angemessene Vergütung für Strom aus erneuerbaren Energien eingeführt (90% des durchschnittlichen Verkaufspreises, also derzeit 15-17 Pf/KWh). Mit Zahlungsboykotten gingen die EnergiemonopolistInnen gegen das Gesetz an (Badenwerk und KWR). Eine ganze Kampagne der VDEW, in dessen Rahmen die Banken aufgefordert wurden, keine weiteren Kredite für Windkraftprojekte zu vergeben, sollte diese „Ungehorsams-Aktion" begleiten und potentielle InvestorInnen abschrecken. Inzwischen hat das Bundesverfassungsgericht das StrEG bestätigt, und der Windanlagenboom dürfte zum Ärger der EVU weitergehen.
Regenerative Projekte der EVU selbst werden nur dann durchgeführt, wenn die milliardenschweren Energieunternehmen dazu die raren Fördergelder vom Staat ergattern können und wenn keine fossilen Großkraftwerke zu ersetzen wären. Außerdem können sie der Imagepflege dienlich sein. Hinter der Fassade wird allerdings schon mal deutlich, daß einzelne Anlagen nur zu dem Zweck gebaut werden, der Bevölkerung zu „beweisen, daß es nicht geht".

4. Verhinderung von Rekommunalisierung: Vor allem kommunale Finanznöte, aber auch die Käuflichkeit und Karrieregeilheit einzelner PolitikerInnen, die Freistellung von MitarbeiterInnen für politische Ämter usw. werden durch die StromversorgerInnen dazu ausgenutzt, Rekommunalisierungsbemühungen der Städte und Gemeinden zu verhindern.
Nur die Rekommunalisierung aber macht Energiepolitik beeinflußbar, ökologisch gestaltbar und zukunftsfähig. Die Energiewende kann nur durch dezentrale Strukturen entstehen und nur von unten kommen.

Diese wenigen Bilder aus den Machenschaften der EVU sollten die Notwendigkeit eines Aktionstages deutlich gemacht haben. Deshalb hoffen wir auf eine rege Beteiligung, um bundesweit die Stromriesen anzuprangern.

ATOMMÜLLTRANSPORTE STOPPEN-ATOMLOBBY ANGREIFEN !



Kurze historische Anmerkungen zur Atomwirtschaft

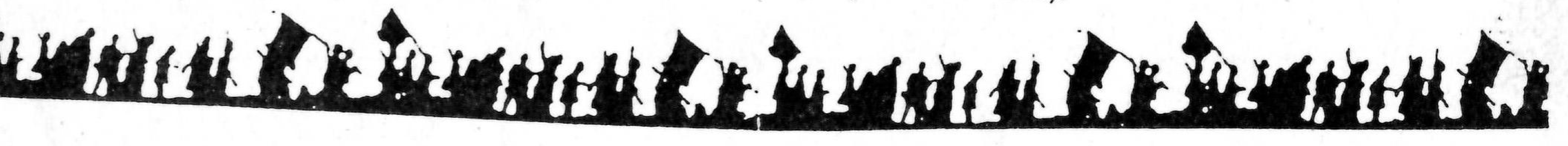
1935 unterzeichnete Adolf Hitler das „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft" (=Energiewirtschaftsgesetz, EnWG), das noch heute gültig ist. Mit dem Ziel, Deutschlands Energieversorgung - und damit die Industrie - kriegsfähig zu machen, wurden den größten EVU Gebiete zugeteilt und der Aufbau eines reichsweiten Verbundnetzes begonnen. „Uneffektiv arbeitende" kommunale EVU wurden vom Markt verdrängt bzw. deren Betrieb untersagt.
Nach dem Krieg blieb das EnWG bestehen. Die großen EVU behielten ihre Gebietsmonopole.
1955 erhielt die BRD die Erlaubnis, die „friedliche Nutzung" der Atomenergie zu erforschen und entwickeln. (Allerdings war schon vorher emsig an diesem Thema gearbeitet worden, so daß bereits auf ein umfangreiches Wissen zurückgegriffen werden konnte.) Im Januar 1956 wurde die deutsche Atomkommission gegründet, deren Vorsitz Atomminister Franz-Josef Strauß hatte. Die weiteren Mitglieder der Kommission waren Vertreter der Deutschen Bank und der Industrie, die allesamt auf eine sehr zweifelhafte braune Vergangenheit zurückblicken konnten, sowie bekannte AtomwissenschaftlerInnen.
Der Versuch, eine deutsche Atomwaffenproduktion durchzusetzen, scheiterte am innen- und außenpolitischen Widerstand. (Deutschland wurde dann aber indirekt mit amerikanischen Atomwaffen aufgerüstet.)
Nun konzentrierte sich die Atomkommission erstmal auf die „friedliche Nutzung" der Atomindustrie. Das Märchen vom billigen Atomstrom wurde verbreitet, obwohl immense Summen für Forschung und Ausbau der Atomindustrie ausgegeben wurden. Die Ölkrise von 1973 lieferte der Atommafia zusätzlich ein Pro-Atomstrom-Argument. Schließlich wollte man nicht von irgendwelchen Ölscheichs abhängig sein. Mit völlig überzogenen Energieverbrauchsprognosen wurde der Bau von weiteren AKW gerechtfertigt.

Warum setzen die EVU auf Atomstrom?

Riesige AKW, die große Gebiete mit Strom versorgen, verhindern eine Dezentralisierung der Energieversorgung und sichern so die Monopolstellung der BetreiberInnen (nämlich der EVU). Außerdem bedeutet Atomstrom für die EVU mehr Profit als Strom aus anderen Energieträgern (wie z.B. regenerativen Energien), weil er mit riesigen Kapitalanhäufungen verbunden ist. Denn: Aufgrund der ungeklärten Entsorgungsfrage müssen Rücklagen gebildet werden, die die kleinen StromabnehmerInnen in Form von höheren Strompreisen im voraus bezahlen müssen. Diese Rücklagen werden in andere profitträchtige Wirtschaftsprojekte wie z.B.Telekommunikation und Müllverbrennung angelegt, und tragen auf diesem Weg zur Gewinnmaximierung bei.
Auch die Großbanken - besonders die Deutsche Bank - haben ein besonderes Interesse am Fortbestehen der Atomindustrie. Da sie Kreditgeberinnen sind, wollen sie natürlich für möglichst große Kredite möglichst viele Zinsen einkassieren. Also je teurer der Bau eines Kraftwerkes, desto besser für sie. Außerdem entstehen durch den AKW-Betrieb Folgekosten wie End- und Zwischenlagerbau, der Bau von Transportstrecken usw, woran die Banken ebenfalls prima verdienen können.
Daß die Banken durch Aktienanteile und personelle Verflechtungen eng mit den EVU verbunden sind, versteht sich ja fast von selbst...

Die EVU blockieren die Energiewende

Die enorme Machtkonzentration bei den Verbundunternehmen und deren alleiniges Profitmaximierungsinteresse verhindern eine ökologisch und sozial verantwortbare Energieversorgung und den Sofortausstieg aus der Atomenergie.
1.Verschwendungspolitik: Mit dem Bau von möglichst großen Kraftwerken, gigantischen Über- und Reservekapazitäten sowie mit überzogenen Verbrauchsprognosen wird eine Verschwendungspolitik auf allen Ebenen betrieben, die jeder Einsparungsmöglichkeit entgegensteht und den Weg in Klimakatastrophe und rücksichtslose Atompolitik frei macht. Zur Verschwendung zählt auch die Verhinderung von Nahwärmenutzung in Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, die weit über den doppelten Wirkungsgrad (im Vergleich zu Großanlagen) haben.
2. Auch die Tarifpolitik ist ganz auf Verschwendung angelegt: Je mehr Strom die EVU liefern, desto billiger verscherbeln sie ihn. Zahlreiche 'SondertarifkundInnen' wie z.B. Aluminium- und Chemie-Konzerne werden mit Dumping-Strom versorgt, dessen Preis teilweise extrem unter dem Erzeugungspreis liegt (zwischen 1,8 und 4 Pf/KWh), so daß die kleinen Betriebe und die privaten Haushalte diese „Quersubventionierung" finanzieren müssen (ca. 30 Pf/ Kwh).



nachbereitungspaper zum coburger convent

(rechtsextremer kongreß in der normannenstr. 3. bis 5.1.97)

"kein kohl, kein reich, kein vaterland-
die braunzone angreifen!"

trotz viel chaos im vorfeld passierte dann doch eine menge:
freitag mittag wird in der eingangshalle des congress centrums die parole "gegen burschis - fuck off" gesprüht, weithin sichtbar für die eintreffenden cc-faschos.
freitag abend sind einige gruppen auf mützenjagd in der innenstadt, leider ohne erfolg, die burschis sitzen in ihren häusern und besaufen sich da. vor den häusern stehen ihre autos. dreißig davon müssen länger in berlin bleiben, da reparaturwerkstätten am wochenende geschlossen sind...
dementsprechend gut geschützt ist der besuch der stasigedenkstätte am nächsten morgen. *(was soll´s; da war´n wir eh noch im bett d.s.).*
charlottenburg, samstag mittag: die burschis wollen ein orgelkonzert in der epiphanienkirche besuchen. die bullen wissen irgendwie bescheid. ein sixpack voller zivis streicht durch den kiez. hinten drin blättern sie akten durch. eine seite ist rosa und kommt uns ziemlich bekannt vor (unser flugie). wannen sind auch reichlich am streife fahren...
gleichzeitig treffen sich ca 80 antifas und bereiten den empfang vor. erstmal planloses rumstehen vor der kirche. die bullen sind mittlerweile in doppelter anzahl aufgelaufen. etwas später nähern sich die ersten burschen. in 100 m entfernung nehmen sie vorsorglich ihre mützen ab. als sie durch einen seiteneingang in die kirche wollen, kommt es zu rangeleien. sofort sind die bullen da und drei von uns fahren ein. der rest wird n stück zurückgedrängelt. höchste zeit, ne kundgebung spontan anzumelden! ganz zufällig taucht ein transpi auf:

es gibt auch noch ganz spontan einen redebeitrag, der vom ersten ankommenden burschi- reisebus (severin & kühn) unterbrochen wird. mit schneebällen und "nazis raus!" werden die cc-faschos gebührend begrüßt. doch- oh wunder!- der bus fährt an der kirche vorbei. ein zweiter tut es ihm gleich, dann erfahren wir, daß die kirchengemeinde die veranstaltung abgesagt hat. die gefangenen sind mittlerweile auf die bullenwache ruhleben gebracht worden...
40 leute fahren los um sie dort abzuholen. am verdutzten pförtnerbullen vorbei geht es durch einen hintereingang gleich in die oberste etage des direktionsgebäudes. unterwegs läuft noch eine verschönerung des treppenhauses. 10 sichtlich überraschte und genervte bullen bemühen sich den mob im treppenhaus so schnell wie möglich loszuwerden. schließlich kommt der letzte gefangene raus und dann ab durch die mitte mit dem bus in die stadt (zwei wannen bis u-bhf ruhleben hinten dran)...
normannenstraße, samstag abend: die burschis feiern ihr komabesäufnis und bekunden jornalistInnen gegenüber ihre angst vor dem "mit autonomen gespickten" heimweg. draußen stehen die 25 ´er bullen, d.h. der teil der nicht im friedelhain steife fährt. auch die zividichte nimmt stark überdurchschnittliche werte an. gegen halb eins fährt ein großes bullenaufgebot die frankfurter alle runter, richtung normannenstraße. im geleitzug fahren die cc-faschos unter weiträumiger umgehung von friedelhain zu ihren westberliner pennplätzen.
einige burschen übernachten jedoch im ramadahotel (voigt- ecke frankfurter allee). sie werden zum abschied noch mit eiern und pyros bedacht.

einige aus dem vorbereitungsplenum

wir haben von dem Kongreß erst relativ spät was mitgekriegt. deshalb gab´s auch keine demo. die vorbereitung war mit wenigen leuten einfach nicht zu schaffen und es war klar dass viele leute über die ferien nicht in berlin sein würden. für eine kraftvolle anti cc demo wäre eine breite mobilisierung nötig gewesen.
beim ersten vorbereitungstreffen wurde klar, daß einige gruppen lust hatten was zu machen, aber eher dezentrale aktionen.
per flugie haben wir zum zweiten treffen am 2.1. ins ex aufgerufen.
es kamen viel mehr leute als wir erwartet hatten,wir waren schlecht vorbereitet und hatten uns nicht um geeignete räume gekümmert. trotzdem haben wir uns sehr gefreut, dass so viele da waren.
bei der diskussion über mögliche aktionen wurden sachen im zusammenhang mit militanz gesagt, die absolut nicht auf ein offenes plenum im ex gehören und wir haben nicht rechtzeitig darauf reagiert.
sorry, näxtes mal besser...
auf dem plenum wurde es als schwierig eingeschätzt den burschen in der vermutlich gut geschützten normannenstraße zuzusetzen.
erfolgversprechender erschienen dezentrale und spontane aktionen gegen das rahmenprogramm in der stadt. aus coburg (bundesweites pfingsttreffen der burschis) ist ausserdem bekannt, dass bemützte burschen abends in kleinen trupps durch die kneipen ziehen. hier sahen viele leute chancen für die berliner autonome mützensportliga...

einige unserer einschätzungen haben sich bestätigt, bei anderen lagen wir total falsch. entgegen früherer derartiger treffen fanden nur 300 burschen ihren weg nach berlin (650 in dresden).
sie traten nicht erkennbar (mützen, farben) in der öffentlichkeit auf, wie das bei ihren coburger pfingsttreffen der fall ist. unserer einschätzung nach wußten sie von der gegenmobilisierung, aber nichts genaues (wie auch? wir hatten ja selber völlig wenig plan!...). dementsprechend vorsichtig haben sie sich verhalten.
absolut positiv finden wir daß das dezentrale aktionskonzept aufgegangen ist und von vielen leuten mitgetragen wurde. hätten wir in der kurzen zeit noch eine demo vorbereitet wären unsere kräfte dabei draufgegangen und es wäre wohl wesentlich weniger passiert was burschis wirklich ärgert.
super fanden wir auch das solidarische verhalten der leute auf der kundgebung (wann fahren schonmal 40 leute los um die gefangenen abzuholen? leider doch eher selten...). daß dabei noch genügend spontaneität und kreativität für weitergehende sachen vorhanden war, ist natürlich ebenfalls oberprima...

übrigens: nächstes jahr findet der "deutsche studententag" am wochenende nach neujahr in rostock statt. see you up there...

zum schluß noch eine kleine anekdote: bei der landsmannschaft spandovia im cc (hier in berlin) gehört das "horst wessel lied" und ähnliche nazischeiße zum standardrepertoire bei kommersen und stiftungsfesten; d.h. komasaufereien nach dienstvorschrift. die in der hierarchie ganz oben stehenden befehlen dem rest was jetzt gesungen werden soll und das passiert dann auch...

<u>**Sexualitätsdebatte: Antwort auf die „Brech-Gereizte“ (Nr. 397)**</u>

In Deinem Artikel hast Du eine Stellungnahme der Interim-Frauen zur Sexualitätsdebatte und zur Veröffentlichung des Artikels von Petito Correcto (Nr. 385) gefordert. Das werden wir hiermit versuchen. Wir werden uns hierbei im wesentlichen auf den Artikel von P.C beziehen, da er am meisten Kritik hervorgerufen hat.
Im ersten Teil unserer Stellungnahme werden wir auf Deine Kritik und Deine Vorwürfe eingehen.
Um den Hintergrund für unsere Positionen deutlich zu machen, werden wir im zweiten Teil etwas zu unserem persönlichen Hintergrund schreiben.

Wir haben bereits bei der Veröffentlichung des Artikels benannt , aus welchen Gründen wir das tun und auch deutlich gemacht, wie wir als Frauen zu dem Text stehen.
Wir begreifen uns nicht als moralische Instanz und sehen es auch nicht als unsere Aufgabe an, Texte wegzuzensieren, die uns inhaltlich nicht passen. Für uns ist ein entscheidendes Kriterium, ob ein Artikel eine - auch kontroverse - inhaltliche Diskussion in Gang bringen kann bzw. dazu beisteuert. Das hat natürlich Grenzen an dem Punkt, wo wir Texte als rassistisch oder sexistisch ansehen. Als Beispiel für die unreflektierte und unverantwortliche Haltung von uns in bezug auf Sexismus führst Du an, daß Artikel, die sich in ähnlicher Weise mit Rassismus befassen würden, ganz klar nicht veröffentlicht würden. An diesem Punkt wird für uns deutlich, daß wir offensichtlich sehr unterschiedliche Vorstellungen von politischen Auseinandersetzungen haben. Denn wir fänden es im Gegenteil sehr begrüßenswert, eine offene Diskussion über rassistische Strukturen zu führen, bei der auch eigene innere Widersprüche benannt werden. Leider ist es nicht damit getan, antirassistische bzw. antisexistische Statements von sich zu geben, denn in unserem Alltag und der Praxis unserer Beziehungen finden sich sehr wohl sexistische und rassistische Gedanken, Gefühle und Verhaltensweisen wieder. Für eine Veränderung dieser verinnerlichten Strukturen ist es unserer Ansicht nach nicht dienlich, sie zu verschweigen und so zu tun, als seien sie nicht vorhanden. Solche Strukturen haben nach unserer Erfahrung dann eine Chance, verändert zu werden, wenn sie offen ausgesprochen und inhaltlich beleuchtet werden können und zwar nicht mit moralischen Vorwürfen. Voraussetzung ist allerdings, daß es bei den Beteiligten ein Problembewußtsein , d.h. auch den Wunsch nach Veränderung, gibt. Für uns ist es ein entscheidender Unterschied, ob jemand sexistische Strukturen als Problem beschreibt, an dem er etwas verändern will, oder ob er solche Positionen rechtfertigt und propagiert. Unsere Einschätzung des Artikels von P.C. war und ist aber nicht, daß es hier um die Gesellschaftsfähigmachung sexistischer Positionen in der linksradikalen Szene geht, sondern um die Unsicherheit, mit den eigenen Widersprüchen umzugehen und den Versuch, dafür Lösungen - und zwar antipatriarchale Lösungen - zu finden. Wir kommen nicht damit weiter, sog. p.c._Positionen als Worthülsen zu vertreten, ohne uns mit der Realität unserer Beziehungen auseinanderzusetzen, und davon repräsentiert der Artikel von P.C. einen Teil, zumindest bezogen auf heterosexuelle Beziehungen.
Wenn du dich nicht mit der Aufarbeitung von Männern bei ihrer sexistischen „Ursuppe“ befassen willst, dann hättest du den Artikel nicht lesen sollen. Wer zwingt dich dazu ? Wir lesen in dieser Zeitung auch nur das, was uns interessiert. Wenn Anti-AKW und Gorleben-Widerstand nicht unser Thema sind, werden wir nicht den x-ten Artikel dazu lesen - warum sollten wir das bei diesem Thema tun, wenn uns Männerpositionen/ männliche Aufarbeitung nicht interessieren ?
Uns <u>hat</u> es interessiert, deshalb haben wir`s gelesen, deshalb haben wir darüber eine vergleichsweise intensive Diskussion geführt, denn das ist der Vorteil von Texten, die nicht so leicht zu schlucken sind - sie fordern uns heraus - zu Widerspruch .

Die folgende Solidaritätserklärung wurde (auf Spanisch) dem Kommando der MRTA in der japanischen Botschaft in Lima übermittelt.

Da wir nicht bei einer Rechtfertigung unserer Veröffentlichungspraxis zu dem Artikel von P.C. stehenbleiben wollen, werden wir im Folgenden versuchen, unseren eigenen Standort deutlicher zu machen.
Wir begreifen uns selber als Feministinnen, haben uns seit vielen Jahren immer wieder mit feministischen Theorien beschäftigt, uns sowohl in Frauengruppen als auch in gemischten Gruppen engagiert. Gerade in gemischten Zusammenhängen ist uns die Wut und die klare Abgrenzung gegenüber Männern/sexistischen Verhaltensweisen bis zu dem Punkt „darüber reden wir nicht mit Männern" - „setzt euch als Männer darüber auseinander" - bzw. das Verlassen der Gruppe vertraut. Trotzdem leben wir in heterosexuellen Beziehungen und wollen nach wie vor - auch politisch - mit Männern zu tun haben. das bedeutet auch immer wieder, sich mit sexistischen und patriarchalen Verhaltensweisen auseinandersetzen zu müssen. Doch im Laufe der Jahre trifft uns manche Äußerung nicht mehr so stark, haben wir gelernt, uns mehr abzugrenzen, nicht jede Äußerung als existentielle Bedrohung zu erleben (was nicht bedeutet, daß wir nicht mehr kritisieren!). Die Debatte um die Mittäterschaft von Frauen hat uns dazu gebracht, unsere eigene Verstricktheit in patriarchale Reaktionsmuster mehr wahrzunehmen und nicht mehr ausschließlich in den Kategorien von Frau=Opfer, Mann=Täter zu denken.
Natürlich leben wir nach wie vor in einer patriarchal strukturierten Gesellschaft, es geht hier nicht darum, das in irgendeiner Weise wegzureden oder zu bagatellisieren. Im Gegenteil: gesamtpolitisch gibt es eher ein antifeministisches Roll-Back. Sicher ist es auch eine berechtigte Frage, ob die Sexualitätsdebatte - und darin solche Texte wie von P.C. - genau in dieser reaktionären Tendenz mitschwimmen und Positionen wieder gesellschaftsfähig machen, die wir längst dachten, überwunden zu haben (zumindest in der Linken). Doch darüber kann frau und man unterschiedlicher Meinung sein. Unser Eindruck war das nicht (siehe Ausführung weiter oben).
Die Veränderung verinnerlichter Strukturen, ob sie nun patriarchal oder rassistisch oder sonst was sind, kann sich unserer Meinung nach nur als ein permanenter Prozeß vollziehen, in dem wir uns immer wieder auseinandersetzen und unsere Positionen und Grenzen neu - und variabel - formulieren. So etwas geht für uns dann, wenn die Beteiligten mit ihren Widersprüchen, „Fehlern" und unterdrückenden Verhaltens- und Denkweisen auch sichtbar werden. Im gemeinsam gelebten Alltag ist es vielleicht am deutlichsten, oder in unseren (Liebes)beziehungen - doch gerade da, und dann an so heiklen Themen wie Sexualität, bleibt die Auseinandersetzung i.d.R. hinter verschlossenen Türen.
Insofern ist die Sexualitätsdebatte für uns auch ein Experiment - der Versuch, ein tabuisiertes Thema, an dem offenbar eine Menge Leute - uns eingeschlossen - großes Interesse haben, einer öffentlichen Diskussion zu unterziehen. Unserer Ansicht nach kann eine solche Auseinandersetzung da am fruchtbarsten werden, wo es nicht um abstrakte Theorie geht (was nicht heißt, daß Theorie an sich schlecht ist, sondern daß sie auf unsere Lebensrealität bezogen sein muß).
Wenn Du monierst, daß es in den bisher veröffentlichten Texten fast ausschließlich um männliche Sexualität geht, dann hast Du recht. Doch das ist nicht die „Schuld" der I.-Redaktion oder „der Männer". Es liegt daran, daß Frauen sich zu diesem Thema in diesem gemischten Blatt (bisher) nicht zu Wort melden. Das ist einerseits schade, andererseits gibt es auch gute Gründe. In der Diskussion über die Veröffentlichung von P.C., und obwohl wir uns nicht inhaltlich mit P.C.s Positionen auseinandergesetzt haben und das auch gar nicht wollten, hat der Artikel doch eine Diskussion unter uns über unsere eigenen „verbotenen" Zonen von Sexualität, z.B. unsere Gewaltphantasien ausgelöst. Doch können und wollen wir solche Fragen nicht in gemischten, öffentlichen Zusammenhängen darlegen - denn ginge das zum jetzigen Zeitpunkt, ohne daß wir damit Männern möglicherweise eine Rechtfertigung für ihre sexistischen Verhaltensweisen geben? Aber das ist auch immer wieder eine Gratwanderung,

was und wieviel wir intern besprechen und wo wir uns entscheiden, wieder einen Versuch zu machen, mit Männern zu diskutieren. Wir können nicht mehr grundsätzlich und klar sagen: darüber reden wir nicht in gemischten Zusammenhängen, denn wir glauben nicht, daß sich durch eine Abschottung von den Männern, so verständlich sie immer wieder ist, etwas an unseren und ihren Verhaltensmustern verändern läßt.
In den letzten Jahren scheint es auch eine Trendwende in Bezug auf die Präsenz antipatriarchaler Diskussionen zu geben. Scheinbar ist etwas erreicht, was wir, und auch viele andere Frauen immer wieder gefordert haben: nämlich daß sich Männer untereinander und auch öffentlich mit ihrer Rolle auseinandersetzen, und zwar nicht nur abstrakt, sondern mit ihren eigenen Widersprüchen - das Private ist politisch...? Es ist die Entscheidung der Frauen(gruppen), nicht mehr, bzw. wenig in die öffentliche gemischte Diskussion einzugreifen. Dafür gibt es Gründe, sicher. Doch ob das bezogen auf die Veränderung von Herrschaftsstrukturen eine richtige Strategie ist, bezweifeln wir. Und auch zu diesem Thema gibt es innerhalb der feministische Diskussion unterschiedliche Standpunkte. Wir können versuchen sie darzulegen und zu begründen, Anpisserei und das Absprechen eines politischen Standpunkts bzw. das Unterstellen von Unverantwortlichkeit und Hintertreibens feministischer Positionen sind dabei für eine weiterbringende Diskussion wenig hilfreich.
„Befreite Sexualität" - natürlich leben wir die nicht, sind wir in unserem sexuellen Verhalten geprägt von Normen dieser Gesellschaft - genauso wie Männer auch. Und trotzdem und auch trotz manch negativer Erfahrung - erleben wir uns nicht als „Opfer" oder „patriarchal zugerichtet" in der Art und Weise, wie wir Sexualität leben, sondern es macht uns auch Spaß. Wir lernen, lernen unsere eigenen Wünsche, Begierden, Grenzen zu formulieren, zu leben - und siehe da: nicht mit der permanenten Erfahrung, daß unsere Grenzen mißachtet werden, sondern auch mit der Erfahrung, ernstgenommen und geachtet zu werden.
Die Schwierigkeit bei dieser Art von Debatte liegt auch darin, daß sie sehr private und intime Bereiche betrifft, doch die an der Diskussion beteiligten Menschen anonym bleiben. Eine Überprüfbarkeit der in Texten vertretenen Positionen an der gelebten Praxis der betreffenden Personen ist so nicht möglich. Dennoch, an der Frage, es bleiben zu lassen oder die Kritik auf sich zu ziehen, würden wir immer noch für letzteres plädieren.

Gegen Sexismus!

Zum Cup C / dump! -Konzert am 11.1.97 im Supamolli, Jessnerstr.41

Am 11.1. spielten im Supamolli eine Frauen- und eine Männerhardcoreband aus Göttingen. Das Konzert fing sehr vielversprechend an, der Auftritt von der Frauenband Cup C war spitzenmäßig, war schön, so eine powervolle Frauengruppe zu hören. Damit war es für uns schlagartig vorbei, als dump! die Bühne betraten.
Schon allein die Reihenfolge der Bands - Cup C als erste - vermittelte das übliche Bild von den „Hardcore-Frauen" als „exotische" Variante, die bei einem Doppelkonzert mit einer Männerband natürlich nur als Vorband spielen können.
Der Sänger von dump! war mit seinem Mackergehabe von Anfang an eine Zumutung.
Unerträglich wurde es dann zum Schluß des Konzerts, wo beide Bands nochmal zusammen in doppelter Besetzung spielten. Während der Schlagzeuger selbstverständlich am Schlagzeug sitzenblieb, mußte sich die Drummerin von Cup C mit einem unvollständigen Set begnügen und auch noch mit dem Rücken zum Publkum sitzen, dem Schlagzeuger gegenüber. Der gemeinsame Auftritt begann dann auch mit dem Kommentar des dump!-Sängers: „Schöner Rücken, was?" Beim weiteren „Zusammen"spiel nutzte der Typ die Situation, daß die Frau am Schlagzeugspielen war, dreist aus, um sie dauernd am Kopf und am Rücken zu begrabschen. Was solche tagtäglichen Sprüche und Übergriffe für FrauenLesben bedeuten, erklären wir hier nicht mehr. Weder vom Publikum noch von Mitfrauen/Mitgliedern der Bands kam Protest.
Das zeigt wieder mal, wie sexistisches Verhalten in der gemischten „Linken" geduldet und akzeptiert wird.
Außerdem wurde eine Party im Supamolli Ende Dezember letzten Jahres mit einem absolut sexistischen Plakat angkündigt. Es reicht!

Wehrt Euch gegen sexistische Gewalt!
Schürt den FrauenLesbenZorn!!

„Sooo riesig werden die Unterschiede schon nicht sein."
- „Riesig nicht, aber fein!"

Ein weiterer Beitrag in der Reihe „Komm zu den Autonomen"

Im letzten Wort zum Donnerstag (Interim 405) „kritisierten" einige Autonome (?) die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) für ihre Mitgliedschaft in der AA/BO bzw. ihren Organisationsansatz und vor allem für ihre Initiative zum 1. Mai 1997 (Interim 404). Besonders scharf und polemisch fällt der Text dort aus, wo die AAB der Zusammenarbeit mit stalinistischen Gruppen bezichtigt wird. Außerdem wird der AAB vorgehalten, sie sei nur noch an einer symbolischen Politik interessiert, inszeniere Politik als „Pop-Ereignis" und verheize mit ihrer bundesweiten Mobilisierung GenossInnen für ihre „eigene Beschränktheit". Der Versuch, aus dem Gedenken an Rosa und Karl eine Huldigung an Lenin zu zimmern (das dritte „L" angeklatscht) und die geplante 1. Mai-Demo durch Prenzlauer Berg ohne Rücksicht auf die dortige Szene-Resonanz werden ebenfalls in die Kritik genommen. Alles nicht ganz falsch und mir inhaltlich sehr nah - aber wie das da passiert, schließt nahtlos an die selbstzerfleischenden Papiere des letzten Jahres (und all der Jahre zuvor) an. SEHR SCHADE!!!


Eine Diskussion um linksradikale Politikformen - dazu gehört auch der organisatorische und politische (Bündnis-)Ansatz der AAB - finde ich gut und sinnvoll. Was ich aber falsch und unsolidarisch finde, ist eine polemische Schärfe und Ungenauigkeit wie in dem benannten Beitrag. Der AAB zum Beispiel das Verhalten stalinistischer Gruppen wie der RAI zum Vorwurf zu machen, geht daneben und gelingt auch über den Verweis auf Bündnisse zwischen AAB und Stalin-Fans nicht überzeugend. Der üble Angriff eines RAI-Menschen auf einen Genossen auf der „LL-Demo" ist zweifellos ein Armutszeugnis für diese Gruppe, und der Umgang mit diesem Vorfall macht auch hinreichend deutlich, daß dieses Verhalten bei RAI & Co. absolute Rückendeckung hat, aber dies der AAB vorzuhalten und unter „DIE Organisation" subsummieren zu wollen, macht keinen Sinn außer den, die AAB in eine Ecke mit anti-emanzipatorischen Gruppen stellen zu wollen. Kritik an der AAB für ihre offene Bündnispolitik mit stalinistischen Gruppen wie der RAI gehört in einen anderen, solidarischeren Rahmen. Es ist einfach ein feiner Unterschied zwischen den VerHERRlichern Stalins und Lenins und der Bereitschaft, diesen Gruppen Raum zuzugestehen. Mit der Beh-Null-Keule die ganzen Projekte der AAB einmachen und aus emanzipatorisch-linksradikaler Politik ausklammern zu wollen, klappt nicht und ist an einer „Weiterentwicklung" einer solchen Politik (in diesem Fall der korrekte Umgang miteinander) auch nicht eben nahe dran. So gesehen ist das Projekt 1. Mai 1997 schon jetzt gescheitert: an denen, die es mit kritikwürdiger „Symbolpolitik", falschen Bündnissen und wenig Gespür für die Befindlichkeiten der Ost-Szene vorantreiben wollen UND an denen, die diese Kritik in Form einer selbstgefälligen Abrechnung vorbringen. Und da bleibt eben keine Hoffnung mehr, denn wenn nicht mal ein „wirkliches Interesse" an einer „politischen 1. Mai"-*Diskussion* besteht, dann ersparen wir uns gegenseitiges „ins Bockshorn jagen" am besten ebenfalls.

S.E.E.S.T.E.R.N.C.H.E.N.

Am 29.Dezember haben wir Mahlow in Form einer Klein - demo einen Besuch abgestattet und unsere Wut über den dort herrschenden deutschen Alltag zum Ausdruck gebracht . In Mahlow ist es normal , daß Migra ntInnen und Antifas bedroht und angegriffen werden . Deutsche Jugendliche belagern jeden Sommer den Bahn - hofsvorplatz , versuchen Leute aus der S -Bahn zu werfen oder fahren mit ihren Autos auf Menschenjagd . Die Stadt hat ihnen ein Jugendzentrum gestellt , wo sie sich mit Nazis organisieren können . Mahlow heißt für MigrantInnen Spießrutenlaufen . Die Anwohnerinnen sehen zu und stehen dahinter (Inter - views im " Spiegel " nach dem Angriff auf britische Arbeiter in Mahlow). Mahlow ist nur ein Beispiel für viele andere deutsche Städte /Orte . Hier ist durch Presseberichte (zunächst nur die ausländishe Presse) der rassistische Konsens der deutschen Bevölkerung offensichtlich geworden .

KEIN FRIEDE MIT DEUTSCHLAND !





Thema: 1. Mai, Stalinisten, Kisten und Schubladen, autonome Schubladen.
I see it all now, now I see what you're after.
Das ist die wohl richtige englische übersetzung aus meinem Wörterbuch von "Nachtigall, ick hör dir trapsen."

Ich gehöre wohl auch zu den "linksradikalen Zusammenhängen", in denen "der Versuch unternommen wird, Fehler der eigenen Politik zu reflektieren..."
Frosch und Qualle haben jedoch diesen Prozeß offensichtlich bereits abgeschlossen und gehen nun in die Offensive, weil sie wissen wo's langgeht; und ein autonomes Politik-Machen ist dabei auch bereits in Sicht, nach dem Motto: Der Hauptfeind steht in den eigenen Reihen.
Oder hat die Revolution etwa tatsächlich, wie ihr schreibt, richtigerweise "immer etwas mit Gesellschaft zu tun" ?!
Also im Ernst. Euer Schreibstil - und häufig ist von der Form auch auf den Inhalt zu schließen - ist schon ziemlich reißerisch, zynisch, wenig emanzipatorisch bis autoritär. (Nur einige Beispiele: "muß einmal mehr gesagt sein", "höchstgradig kontraproduktiv", "unter derart "konterrevolutionärem" Vorzeichen", "mit den GULAG- Aufsehern von morgen", "gemeingefährlichen idealistischen "Pragmatismus"", "inhaltshohle, verlogene Sache") Das ist das glatte Gegenteil von dem, was ihr postuliert.
Auch ich bin auf autonomen Demos bereits von der RIM mit dem Knüppel angegriffen worden, aber dafür mache ich doch nicht die autonomen OrganisatorInnen verantwortlich. Ich frage euch, was ist genau passiert, als Stalin-Plakate während der LLL-Demo geklebt wurden. Die völlig überzogene Assoziation demnächst "im roten Block vermutlich auf der Stelle erschossen zu werden" ist wohl eher einer Phantasie entsprungen, der ein traditioneller Anti-Kommunismus zugrundeliegt oder sogar eine politologische 'Totalitarismustheorie'. Die Antifa-Aktion in Berlin kann nicht einfach mit Stalinisten und/oder der RIM in einen Topf geworfen werden. Es fehlt wohl eher eine genauere Auseinandersetzung mit ihren Inhalten und ihrer Bündnispolitik. Sie für die "weitere Ghettoisierung und politische Einflußlosigkeit dieser Ziele und Inhalte" (gemeint ist die autonome, emanzipatorische Politik) verantwortlich zu machen, ist dagegen absurd. Wäre hierbei nicht eher die anfangs hochgelobte Reflektion der eigenen Politik incl. Fehlern angebrachter ?
Den angeblichen "Grundsatz "keine Einmischung in fremde Kieze"" stelle ich so auch in Frage. Warum hier einen Regionalismus vertreten, wenn doch viele auch aus dem Westen seit Jahren in Ostberlin wohnen und leben. In der Antifa Aktion Berlin sind außerdem sicherlich auch Leute aus der Ex-DDR oder aus anderen Ländern organisiert. Dürfen die nicht in Mitte oder in Prenzelberg demonstrieren. Wer ist wo fremd ?
Einen ritualisierten schwarzen Block unterstütze ich schon aus ganz persönlichen Gründen nicht, aber warum der Antifa Aktion unterstellen sie praktiziere keine Militanz und was habt ihr dabei für einen beschränkten, eingeschränkten Militanzbegriff im Kopf ?
Warum soll es ihnen nur um ein "Pop-Ereignis" gehen, womit ihr impliziert , daß es euch selbst - in Abgrenzung zu ihnen - um Ernsthaftigkeit und "wirkliches Interesse an einem politischen 1. Mai in Berlin" geht ?
Bleibt das 'Prinzip Hoffnung', daß sich Leute von niemandem irgendwohin "jagen lassen", auch nicht in euer "Bockshorn".

'Es ist nicht die Zeit, um wunschlos zu sein, die Entbehrenden denken auch gar nicht daran. Sie träumen davon, daß ihre Wünsche einmal erfüllt werden. Sie träumen davon, wie die Redensart heißt, bei Tag und bei Nacht, also nicht nur bei Nacht.'
Ernst Bloch

Das Huhn & der Karpfen.

Genossinnen und Genossen! 17. Januar 1997

Aus Deutschland wollen wir euch unsere Solidarität und alle unsere Wünsche für eine Lösung in eurem Sinne ausdrücken.

Wir sind Menschen der revolutionären Linken aus verschiedenen deutschen Städten. Wir arbeiten in antifaschistischen und antirassistischen Gruppen, in Gruppen für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit, und wir sind solidarisch mit fortschrittlichen Kämpfen überall auf der Welt.

Mit Überraschung und viel Sympathie erfuhren wir am 18. Dezember 1996 von der Einnahme der japanischen Botschaft in Lima. Wir freuen uns sehr, daß in den heutigen Zeiten der Schwäche revolutionärer Projekte Bewegungen fortfahren, gegen die schlechten Bedingungen in ihren Ländern und gegen den weltweiten Neoliberalismus Widerstand zu leisten, im Kampf für die Freiheit der Menschen und speziell für die Freiheit der politischen Gefangenen. Wir glauben, daß eure Aktion vielen fortschrittlichen Menschen auf der Welt Kraft und Mut gibt.

Aktuell existieren in der deutschen Presse kaum authentische Informationen über die Einnahme der japanischen Botschaft, über die MRTA selbst, und über die Situation in Peru im allgemeinen.

Um euch und eure Forderungen solidarisch zu unterstützen, entschieden wir uns, schnell eine Kundgebung vor der peruanischen Botschaft in Bonn zu organisieren. Am 16. Januar 1997 waren wir ab 11.00 Uhr mit vierzig Leuten vor der peruanischen Botschaft. Es gab Musik, wir hängten Transparente auf und über Megaphon hielten wir Redebeiträge über die MRTA, über eure aktuelle Aktion, über die Situation der politischen Gefangenen Perus und weltweit und über die politisch - soziale Situation in Peru.

Mit einer Resolution gingen zwei Leute in die Botschaft, um sie dem Botschafter zu übergeben. Dieser - welche Überraschung - wollte sich nicht mit der Delegation treffen, deshalb wurde der Text einem Angestellten überreicht und ausdrücklich die Solidarität mit der MRTA erklärt und die Erfüllung eurer Forderungen eingefordert.

Danach gingen wir in die Innenstadt um auf dem zentralen Platz (Münsterplatz) die Kundgebung in einem öffentlicheren Rahmen abzuhalten.

Beim Halten der Redebeiträge, beim Rufen von Parolen wie "Tupac Amaru vive, la lucha sigue!" oder "Hoch die internationale Solidarität!" und beim Flugblattverteilen fiel uns auf, daß ein guter Teil der Leute Interesse an der Besetzung der japanischen Botschaft hat. Wie bei vielen vorherigen Diskussionen bemerkten wir, daß Widerstand gegen Unterdrückung, Unmenschlichkeit und Armut auch hier, in den reichen Metropolenländern auf Resonanz stößt.

Dieses Bewußtsein über die Situation und die Kämpfe in anderen Ländern der Erde aufrechtzuerhalten, andere fortschrittliche und revolutionäre Bewegungen zu unterstützen und Widerstand und fortschrittliche Perspektiven auf weltweitem Niveau zu entwickeln, das ist für uns die wichtige Aufgabe internationaler Solidarität.

Wir wissen auch von Solidaritätskundgebungen zu euch am 10. Januar in Frankfurt, am 11. Januar in Hamburg und am 16. Januar in Berlin.

Euch schicken wir viel Glück und Stärke für diesen Kampf und für die Zukunft. Von Deutschland aus denken wir an euch und entwickeln hier die Solidarität und den Widerstand weiter.

InternationalistInnen aus Deutschland

13.1.97

Hamburger Abendblatt

Anschlag auf Konsulat

Sympathisanten der Geiselnehmer in Peru haben in der Nacht zum Sonnabend das peruanische Konsulat an der Blumenstraße in Winterhude mit Farbeiern beworfen. Die Täter entkamen unerkannt. Ein Kommando „Edgar Sanchez" hatte für Sonnabend zu einer Solidaritätskundgebung mit den Geiselnehmern in Lima aufgerufen.

Gute Kontakte Bonn–Lima

Solidarität mit der peruanischen MRTA in Berlin

Über einen Monat dauert mittlerweile die Besetzung des japanischen Konsulats im peruanischen Lima durch ein Kommando der Befreiungsbewegung MRTA. Das nahmen rund 150 Menschen zum Anlaß einer Solidaritätskundgebung mit der MRTA vor dem peruanischen Generalkonsulat in Berlin. Erst in der vergangenen Woche hatten das Generalkonsulat und die peruanische Botschaft in Bonn in gleichlautenden Erklärungen die Botschaftsbesetzung als »terroristischen Akt« bezeichnet.

Zur Kundgebung aufgerufen hatte die antiimperialistische Gruppe »Venceremos« aus Berlin, die in einem Redebeitrag betonte, daß sich ihre Solidarität mit der MRTA nicht nur auf die Abwehr der Repression beschränke, sondern auch das gemeinsame Ziel, die sozialistische Revolution, einschließe.

Wie reibungslos die Kontakte zwischen deutschen und peruanischen Repressionsorganen funktionieren, schilderte die RAF-Gefangene Heidi Schulz in einem Brief: Eine peruanische Regierungsdelegation hat 1990 das Hochsicherheitsgefängnis Köln/Ossendorf besucht und sich dabei besonders über die dort praktizierten Methoden der Isolation von Gefangenen informiert. In einer Grußadresse rief der Europavertreter der MRTA, Isaac Velazco, dazu auf, in der Solidarität gerade jetzt nicht nachzulassen. Für den 25. Februar ist in Hamburg eine Solidaritätsdemonstration in Vorbereitung.

Peter Now

Am hellichten Tag in Ruhleben

50 Chaoten erobern Polizei-Zentrale

Von MATTHIAS BECKER

Spandau – **Wen ruft die Polizei, wenn sie selbst überfallen wird? Darauf fiel den Wachleuten vor der Polizei-Zentrale an der Charlottenburger Chaussee auch keine Antwort ein. Und so konnte eine Horde Vermummter das Gelände ungehindert im Handstreich erobern. Am hellen Nachmittag. Und auch ungehindert wieder abziehen. Nicht auszudenken, was die Chaoten alles hätten anrichten können. . .**

Rückblende: Im ICC trafen sich am 4. Januar 350 Mitglieder des „Coburger Convent" und der Deutschen Sängerschaft zur 35. gesamtdeutschen Tagung. Thema: „Europa, Zukunft für Deutschland".

Die Kreuzberger Chaoten witterten ein rechtsradikales Treffen, demonstrierten gegen die Versammlung der Burschenschaften. Rund 80 Autonome störten am nächsten Tag sogar einen Gottesdienst. Die Polizei nahm zwei Demonstranten fest, lieferte sie in die Gefangenen-Sammelstelle Charlottenburger Chaussee ein.

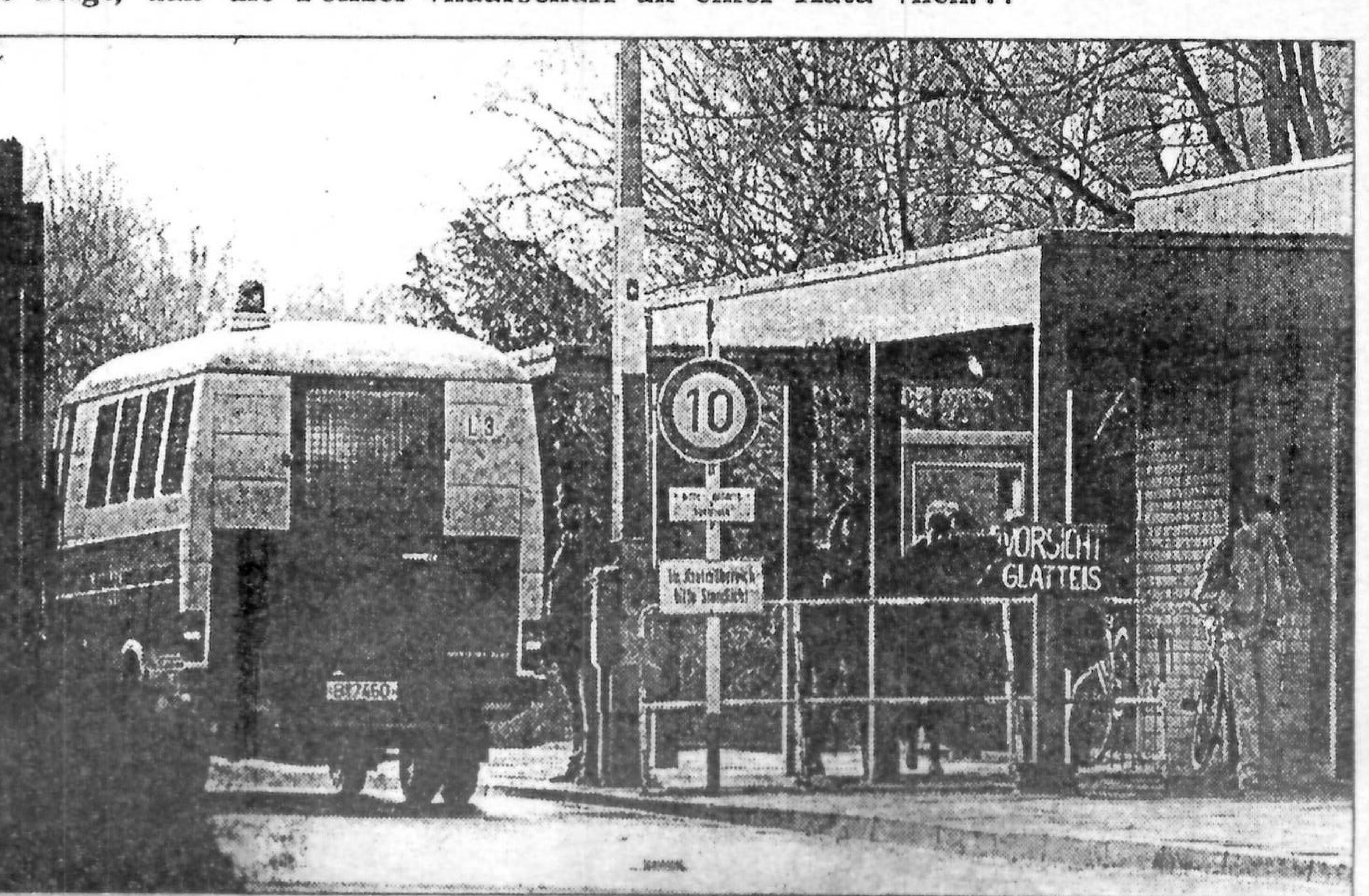
Wenig später stürmten etwa 50 Autonome aufs Polizei-Gelände, wollten ihre Kumpels befreien. Ein Insider: **„Die Wachpolizisten wurden so schnell überrannt, daß sie nicht einmal mehr einen Alarmknopf drücken konnten."**

Auch eine Wache im Erdgeschoß des Hauptgebäudes wurde überwältigt. Aber dann verliefen sich die Chaoten im zweiten Stock, fanden die Zellen mit ihren Kumpels nicht. Aus Wut zückten sie Farbspray-Dosen, beschmierten die Gänge mit linken Parolen. Dann zogen sie wieder ab.

Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates der Berliner Polizei ist entsetzt. Peter Trapp: „Ein Unding. So etwas darf nicht passieren. Es zeigt, daß die Polizeiführung die Sicherheit unserer Gebäude nicht im Griff hat."

Innensenator Schönbohm lehnte bislang jede Stellungnahme zum Sturm auf die Zentrale ab, verwies an Polizeipräsident Saberschinsky. Dessen Sprecher Hans-Eberhardt Schultz zur BZ: „Polizeigebäude sind halt keine Festungen. Man soll den Vorfall nicht überbewerten. Wir werden ihn aber auswerten."

Dabei schrammte Berlin haarscharf an einer Katastrophe vorbei. Auf dem Gelände in Ruhleben gibt es einen Munitionsbunker. Und von der dortigen Funkzentrale werden alle Funkwagen und Kripo-Streifen für Teile der Bezirke Tiergarten, Wilmersdorf, Charlottenburg und Spandau dirigiert. Über 2 400 Polizisten und 400 Wachleute werden von hier „gesteuert".. Mit etwas mehr Mumm hätten die Chaoten sich bewaffnen und die Leitstelle ausschalten können. . .



Wachmänner am Schlagbaum Charlottenburger Chaussee: Hier drangen die Chaoten aufs riesige Polizeigelände

---

Vermummte stürmten Berliner Polizei-Zentrale

Sie wollten festgenommene Randalierer befreien.

22.1.97

Autonome stürmten auf Ruhlebener Polizeigelände

BERLIN (weso). Eine Horde Kreuzberger Autonomer ist auf das Polizeigelände in Ruhleben eingedrungen. Die rund 50 Jugendliche überrannten die überraschten Wachpolizisten an der Zufahrt Ruhlebener Chaussee, drangen in die Dienstgebäude ein und beschmierten die Wände. Bevor die wenigen Beamten, die an diesem Sonnabend Dienst hatten, Verstärkung rufen konnten, waren die Eindringlinge wieder verschwunden. Der Vorfall ereignete sich, wie erst jetzt bekannt wurde, bereits am 4. Januar. Vermutlich wollten die Täter drei Gefangene befreien, die die Polizei während einer Protestkundgebung am ICC festgenommen hatte. Dort tagten der „Coburger Convent" sowie die Deutsche Sängerschaft.

50 Chaoten

Vermummte stürmten Berliner Polizei-Zentrale

Sie wollten festgenommene Randalierer befreien.

Die MRTA wurde 1984 als guevaristische Bewegung mit nationalem Bezug (u.a. durch ihre Fahne gekennzeichnet - in den Nationalfarben mit inkaischer Keule und Knarre in V-Form) gegründet und füllte das Vakuum zwischen der Vereinigten Linken (Partei) und dem maoistischen Leuchtenden Pfad. Sie forderten von der Regierung den Bruch mit dem Weltwährungsfond und ein selektives Moratorium der Zahlung der Auslandsschuld die Erhöhung der Mindestlöhne und eine Politik, die den Armen des Landes zugute kommt. Außerdem eine Amnestie für alle politischen und sozialen Gefangenen. Die MRTA, zuerst als Stadtguerilla Limas konzipiert, versuchte im Gegensatz zu Sendero von Anfang an ihre Aktionen einem breiten Publikum schmackhaft zu machen (Vermittelbarkeit) So haben sie verschiedene Male Fernsehprogramme unterbrochen und Büros von Nachrichtenagenturen besetzt um ihre politischen Positionen zu verbreiten und Verständnis für ihre militanten Aktionen in der Bevölkerung zu wecken. Es wurden Lebensmitteltransporte überfallen um die Beute an die Bevölkerung der Armenviertel zu verteilen, sowie Nobelkarossen, Luxusrestaurants (Hallo KGK!) und Bullenstationen angegriffen. Spektakulärere Aktionen stellten die Einnahme größerer Städte am Ostabhang der Anden, sowie Angriffe gegen US-Einrichtungen während der Attacke auf Libyen dar. Bei der Einnahme von Siedlungen verurteilte die MRTA, im Gegensatz zu Sendero, keine altersschwachen Dorfautoritäten zum Tode, sondern bemühte sich immer um einen offenen Dialog mit der Bevölkerung.

Interessant ist dann noch zu erwähnen, daß die MRTA immer versuchte Kontakt zu anderen Guerillagruppen des Kontinents zu bekommen. Unter anderem wurde das "Batallon America" gegründet, in welchem auch Mitglieder der M-19 (Kolumbien) und vom Alvaro Vive Carajo (Ecuador) mitmachten Nach dem Machtantritt Fujimoris setzte eine starke Repressionswelle ein, in deren Verlauf zahlreiche Mitglieder der MRTA und des Sendero festgenommen wurden. Auch die legale Linke existiert nicht mehr (die IU bekam bei den letzten Wahlen gerade mal 1 %). Die Aktionen der MRTA der letzten zwei Jahre dienten hauptsächlich der Befreiung inhaftierter Genossen, nachdem die meisten Kader durch Schnellgerichte zu lebenslangem Knast verknackt wurden. (Übrigens stehen die Leute vermummten Bütteln gegenüber, da diese Schiß haben wiedererkannt zu werden).

Ein Kommando unter der Führung von Miguel Rincon Rincon und sehr jungen MRTA-Kämpfern wurde leider 1995 hochgenommen. Diese wollten den Kongress besetzen um inhaftierte Genossen freizupressen, sowie eine Änderung der herrschenden Politik zu fordern. Festgenommen wurde auch die Internationalistin Lori Berenson, die wegen Kurierdienste für die MRTA ebenfalls zu lebenslänglich verknackt wurde. Sie sitzt jetzt in einem Hochsicherheitsgefängnis bei Puno und friert sich dort wie viele andere den Arsch ab. Wegen ihrer Verurteilung (Prozess ohne Rechtsbeistand) kam es mehrfach zu kleineren Spannungen mit der US-Regierung. Andere bedrohte MRTA-Mitglieder flüchteten nach Bolivien und Uruguay, wo sie inzwischen auslieferungsbedroht sind aufgrund neuer Gesetze á la Schengen.

Neben der Sendero-Scheiße mißfiel mir dann noch ein Kommentar aus dem Lautsprecherwagen zu der Solibewegung der 80er Jahre (Nicaragua, El Salvador). Es hieß, diese Leute hätten ihre ganze Kraft nur dazu aufgebracht um Soli-Arbeit zu leisten (und Nica-Kaffee zu schlürfen ?) anstatt den Kampf in den Metropolen zu führen. Ganz schön hart! Also, ich hab mir das erstmal garnicht zugetraut und auch nicht die richtigen Leute dazu gehabt und ist auch irgendwie ganz schön heftig plötzlich hier mit der Knarre durch die Gegend zu rennen. Ne Spaß vorbei. Ich denke, jeder/jede sollte sich die Aktionsformen aussuchen die er/sie sich zutraut - das müßte eigentlich Konsens sein. Außerdem hatte die Soliarbeit häufig oder meist garnichts mit Revolutionsromantik zu tun, sondern beinhaltete praktische Soliarbeit (Brigaden, Geld sammeln für "Waffen für El Salvador, Veranstaltungen, Läden aufmachen (LAZ), sowie auch kleinere militante Aktionen gegen Kaffeekonzerne, etc.). Dies stand auch alles auf einer viel breiteren Basis als heute. Aber wenn ihr Euch den Kampf in den Metropolen zutraut, dann mal los! Na ja, irgendwie bin ich etwas angesäuert und mit roten Farbklecksen versehen - Farbbeutelwerfen muß auch gelernt sein!



Programmatik und Praxis der MRTA

Annäherung an eine wenig bekannte peruanische Guerillabewegung

Die MRTA bildete sich 1984 aus zwei Organisationen der radikalen Linken, der MTA und der MIR-IV. An der Gründungskonferenz nahmen 300 Personen teil. Zum Grundverständnis gehörte, daß die Schaffung eines sozialistischen Perus nicht alleine auf parlamentarischem Weg erreicht werden kann. Nach der Konferenz wurde die Arbeit in den Untergrund verlegt und mit dem Aufbau bewaffneter Einheiten begonnen. Programmatisches Ziel der Bewegung ist die Schaffung einer breiten Volksfrontbewegung, auf deren Basis sich eine neue sozialistische Gesellschaft bilden soll. Alphabetisierung und politische Schulung der Landbevölkerung, zumeist Indios, spielten eine wichtige Rolle. Für sie forderte die MRTA eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und mehr Chancengleichheit. Mit der Gründung von Basisorganisationen, aber auch über den Dialog mit Parteien und Gewerkschaften, versuchte die Guerilla, ihren gesellschaftlichen Einfluß zu erweitern.

Bei dem Versuch, die politisch-militärische Praxis der MRTA zu dokumentieren, taucht die Schwierigkeit auf, daß ihr viel mehr Aktionen angelastet werden, als sie tatsächlich durchgeführt hat. Daher habe ich einen MRTA-Vertreter um Stellungnahme zu den von mir recherchierten Fällen gebeten. Die im folgenden genannten Aktionen sind zwar nicht vollständig – sie sind aber mit Sicherheit oder mit hoher Wahrscheinlichkeit dieser Organisation zuzurechnen. Der erste bewaffnete Anschlag ist wahrscheinlich im Juni 1984 unternommen worden. Zunächst konzentrierte die MRTA sich auf die städtischen Zentren, vor allem auf Lima.

MRTA-Aktionen unter der APRA-Regierung

Polay wurden jeweils 50.000 Dollar ausgesetzt. Als die Regierung im Sommer 1988 ein Anti-Inflationsprogramm verkündete, das u.a. eine 200%ige Preiserhöhung für Lebensmittel mit sich brachte, rief die MRTA die Bevölkerung Limas in Flugblättern auf, gegen die Regierung zu demonstrieren.

Im Juli 1988 entführte ein MRTA-Kommando den pensionierten Luftwaffengeneral und Unternehmer Garcia. Er wurde nach über dreimonatiger Geiselhaft freigelassen. Es gab Vermutungen, wonach die Familie des Entführten ein Lösegeld in Höhe von drei Mio. Dollar zahlte. Außerdem hatten sie zwei Wochen vor der Freilassung auf Anordnung der Rebellen in einem Slum von Lima Lebensmittel und Kleider verteilt.

Im Oktober 1988 streikten 85.000 Bergarbeiter landesweit 57 Tage lang für die Befugnis ihrer Gewerkschaft, Tarifverträge für die gesamte Bergbauindustrie des Landes aushandeln zu dürfen. Guerilleros der MRTA überfielen den Lastwagen einer Geflügelfarm und teilten 5.000 Brathähnchen an streikende Bergleute aus. Anfang Februar 1989 verhaftete die Polizei den MRTA-Führer Rolando Polay Campos und inhaftierte ihn im Gefängnis Canto Grande (Lima).

Ebenfalls 1989 wird der Medienzar Héctor Delgado Párker, Berater des Präsidenten Alan García, entführt. Dabei kommt sein Chauffeur ums Leben. Nach der Erfüllung der Forderungen wird Párker freigelassen. Im Zusammenhang mit den wiederholten Entführungen werden von Regierungsseite Meldungen lanciert, wonach die Opfer sehr schlecht behandelt worden seien. Es ist die Rede von Gehirnwäsche und wochenlangem Gefangenhalten in Erdlöchern. Dies wird von der MRTA entschieden zurückgewiesen. Zwar werde mit den Entführten über Politik und Ziele der Organisation diskutiert, doch die Behandlung sei ansonsten rung Limas zur Plünderung von Supermärkten auf.

Am 9.1.1990 erschoß ein Kommando der MRTA den ehemaligen Verteidigungsminister, General Enrique López Albújar, der am 28.4. des Vorjahres verantwortlich für den Exekutionsbefehl der MRTA-Gefangenen gewesen war. Im Juli 1990 gelang es Victor Polay, zusammen mit 46 GenossInnen durch einen 300 m langen Tunnel aus dem Gefängnis Canto Grande zu entfliehen. Der Stollen war mit Hilfe von Bergarbeitern von außen gegraben worden. Am 15.10. besetzten 120 streikende ArbeiterInnen in Lima das Werk der Carbolan S. A., dem Peruanischen Pelikan-Ableger. Der Konflikt hatte sich an (Bodenverarmung, Vergiftung der Flüsse durch die Kokafabriken). Daher stehe der massive Anbau im Gegensatz zum Interesse der Bevölkerung.

Am 12.2.1992 beschädigte eine explodierende Autobombe die US-Botschaft in Lima erheblich. Nach Angaben eines Polizeisprechers wurden bei der Aktion, die der MRTA zugeschrieben wurde, zwei Sicherheitsbeamte schwer verletzt. Im April 1992 setzte Fujimori die Verfassung außer Kraft, löste das Parlament auf und kündigte an, für 12-18 Monate mit Ausnahmegesetzen zu regieren. Rundfunk- und Fernsehstationen wurden von der Armee besetzt und z.T. geschlossen. Es kam zu Verhaftungen von oppositionellen



stigeverlust der traditionellen Parteien, die Erfolge im Kampf gegen die Guerilla und die Währungsstabilisierung wurden als die wichtigste Ursachen des Fujimori-Sieges genannt. Er erklärte, daß die extrem liberale Wirtschaftspolitik fortgesetzt werde, und daß die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit für bestimmte Verbrechen bestehen bleibe, bis die beiden Guerilla-Bewegungen Sendero Luminoso und MRTA gänzlich besiegt seien.

Im Juli 1995 verkündete Fujimori dann den endgültigen Sieg über den Terrorismus und die Vernichtung der MRTA. Doch am 30.11. desselben Jahres wurden in Molina, einem Stadtteil von Lima, 30 Tupac Amarus verhaftet, die das Parlamentsgebäude besetzen wollten, um die Abgeordneten gegen die MRTA-Gefangenen auszutauschen. Gegenwärtig verfügt die MRTA noch über eine Guerillafront in der Selva Central sowie über wenige Kommandos, die landesweit agieren können. Die Finanzierung der Organisation erfolgte in den letzten Jahren u.a. durch Entführungen von Geschäftsleuten und Erpressung eines Lösegeldes. Wenn man die Berichte von amnesty international oder anderen Menschenrechtsorganisationen durchsieht, dann läßt sich feststellen, daß die MRTA in bezug auf Menschenrechtsverletzungen – verglichen mit Sendero und der Regierung – relativ wenig vorzuwerfen ist. Dennoch gibt es vereinzelte Berichte über die Ermordung und Folterung entführter Personen oder die willkürliche Tötung von Personen bei Angriffen. Es darf aber wohl angenommen werden, daß es sich dabei um Ausnahmen handelt. Terroristische Aktionen gehören nicht zur politisch-militärischen Strategie der Tupac Amarus.

Die aktuelle Strategie

Im Juli 1985 wurde Alan García (APRA: *Alianza Popular Revolucionaria Americana*) zum Präsidenten gewählt. Im Kampf gegen den Sendero Luminoso („Leuchtender Pfad") und die MRTA verhängte seine Regierung den Ausnahmezustand. Für die MRTA war die Propaganda der eigenen Ideen von Anfang an ein wichtiges Ziel: Mit dem Piratensender „4. November" schaltete sie sich wiederholt in Rundfunk- und Fernsehsendungen ein, um Kommuniqués zu verbreiten, in denen zum bewaffneten Kampf aufgerufen wurde. Anfang November 1986 entdeckte die Polizei in einem Vorort von Lima die Sendeanlagen. Dabei wurden fünf Menschen festgenommen. Anläßlich der im selben Monat stattfindenden Gemeindewahlen rief die MRTA die Bevölkerung zum Boykott des Urnengangs auf. Kurz vor Weihnachten verübte sie in Lima eine Reihe von Bombenanschlägen gegen öffentliche Gebäude, sowie gegen amerikanische Einrichtungen, darunter das US-Kulturinstitut. Dabei entstand zum Teil erheblicher Sachschaden.

Im Februar 1987 besetzten MRTA-Kommandos vorübergehend sieben Rundfunksender in Lima. Das Personal wurde gezwungen, eine Erklärung auszustrahlen, in der die Militarisierung des Landes kritisiert wurde. Damals hatte die APRA-Regierung einen harten Kurs gegen Oppositionelle eingeschlagen und Massenverhaftungen u.a. an den Universitäten vorgenommen. Von Ende Februar bis Anfang März wurden zahlreiche Banken und öffentliche Gebäude (z.B. die Ministerien für Wirtschaft und Erziehung) durch explodierende Sprengkörper verwüstet. Die MRTA betont, daß Bombenanschläge immer nachts verübt wurden, um möglichst keine Bediensteten oder Besucher der Einrichtungen zu gefährden. Für Anschläge gegen APRA-Büros übernimmt sie keine Verantwortung.

Im Februar 1988 startete die Regierung Alan García eine groß angelegten Steckbriefkampagne gegen insgesamt sechs führende Köpfe des Sendero und der MRTA. „Tot oder lebendig" hieß es auf ganzseitigen Anzeigen mit den Fotos der Gesuchten, die in den großen Tageszeitungen und im Fernsehen veröffentlicht wurden. Auf die Ergreifung des Sendero-Chefs Guzman sowie des MRTA-Führer so gut, wie es unter den Umständen möglich sei.

Am 28.4.1989 wird eine größere MRTA-Einheit vom Militär, umzingelt. Nach schweren Kämpfen, bei denen auch die Luftwaffe eingesetzt wird, ergeben sich die z.T. schwer verwundeten Guerilleros. Noch am selben Tag gibt der oberste Heeresbefehlshaber den Befehl zur Exekution. Etwa 62 Personen, darunter 20 Zivilisten, werden mit Kopfschuß getötet.

Gegen Ende der Amtszeit des Präsidenten Garcia signalisierte die MRTA Dialogbereitschaft gegenüber der Regierung. Der Regierungsbeamte Demetrio Tafur, der 33 Tage lang entführt und am 28.7.1989 im Amazonas-Gebiet freigelassen worden war, teilte mit, daß die Aufständischen wünschten, die Präsidentschaftswahlen im April 1990 „mittels Volksreferenden" durchzuführen.

Der peruanische Schriftsteller und Ex-Präsidentschaftskandidat Mario Vargas Llosa behauptet im Spiegel (1/97), daß die MRTA im Wahlkampf 1989/90 auf dem Flughafen von Pucallpa ein Attentat auf ihn und seine Familie verübt habe. Dabei seien unbeteiligte Bauern ums Leben gekommen. Seitens der MRTA wird dies entschieden zurückgewiesen. Vargas Llosa sei ein konservativer Politiker, mit dem man sich ausschließlich im Dialog auseinandersetzen, ihn jedoch keinesfalls zu einem Anschlagsziel machen würde.

Fujimori wird Präsident

Nach dem Wahlsieg Fujimoris verkündete die neue Regierung im Juli 1990 harte Maßnahmen zur Sanierung der zerrütteten Wirtschaft. Die Preise explodierten, viele Grundnahrungsmittel kosteten über Nacht das Zehnfache. Die soziale Situation in Peru verschärfte sich, bei Plünderungen in Armenvierteln waren Todesopfer zu beklagen, Dutzende wurden verhaftet. Ende Juli besetzten MRTA-Guerilleros kurzzeitig das dpa-Büro in Lima. Mitte August wurden Bombenanschläge gegen den Präsidentenpalast und gegen ein Polizeifahrzeug verübt. Über zwei kurzzeitig besetzte Radiosender rief die MRTA die Bevölkerung zur Forderung der Beschäftigten nach einem Inflationsausgleich (Inflationsrate 1989: 11.000%) entzündet. Der als korrupt geltende Richter Cesar Ruiz Trigoso ordnete die polizeiliche Räumung des besetzten Werks an, wobei er gegen bestehende gesetzliche Bestimmungen verstieß. Bei der mit Kampfpanzern und Schußwaffen durchgeführten Räumung wurden mehrere BesetzerInnen z.T. schwer verletzt und 28 Frauen und Männer in Haft genommen. Ein MRTA-Kommando erschoß den Richter Ruiz Trigoso Mitte November 1990.

Mitte Mai 1991 berichtete AFP über eine militärische Offensive der MRTA im Nordosten Perus. Dabei seien die Ortschaften Saposoa, Tarapoto, Rioja und Mayobamba angegriffen, mehrere Menschen getötet und zahlreiche Dorfbewohner und Polizisten verschleppt worden. Weite Teile der Bevölkerung seien in Panik geflüchtet, zahlreiche öffentliche Gebäude gesprengt worden. Die MRTA hält dagegen, daß lediglich einige Polizisten mitgenommen und später der katholischen Kirche übergeben worden seien.

Seit Ende der 80er Jahre dehnte die MRTA ihr Betätigungsfeld auf ländliche Regionen aus. Im Departement San Martin hatte sich eine starke Volksbewegung gegen die Zentralregierung in Lima gebildet. Die MRTA unterstützte die Autonomiebestrebungen und etablierte sich in vielen Dörfern als Ordnungsmacht. In San Martin liegt das Huallaga-Tal, ein traditionelles Kokaanbaugebiet. Nachdem Kokainhändler auf des Huallaga-Tal aufmerksam geworden waren, explodierte die Erntemenge. Spätestens 1992 wurden immer wieder Berichte veröffentlicht, wonach die MRTA kräftig am Drogenhandel mitverdiene. Sie selber weist die mit der Begründung zurück, der Kokaanbau richte schweren ökologischen Schaden an



Parlamentariern und sechs unbequemen Juristen. Geschlossen wurden Büros von Oppositionsparteien sowie von Gewerkschafts- und Massenbewegungen. Die Armee übernahm die Kontrolle über die Gefängnisse. Fujimoris Vorgehen wurde weltweit verurteilt. Die USA setzten ihre Wirtschafts- und Militärhilfe aus.

Militärische Rückschläge

Doch im Kampf gegen den Sendero Luminoso und die MRTA konnte Fujimori Erfolge vorweisen. Abimael Guzman, der Vorsitzende des Leuchtenden Pfades wurde in Lima verhaftet. Dort erwischte es am 10.6. auch Victor Polay Campos. Bereits Mitte April war die Nummer zwei der MRTA, Peter Cardenas Shulte, festgenommen worden. Ende Mai hatte die Polizei ein Computerzentrum der Rebellen entdeckt und dabei wichtige Informationen über die innere Struktur der MRTA erhalten.

Weihnachten 1992 kam es in verschiedenen Teilen des Landes zu Massenfestnahmen von über 1.100 Menschen. Allein in der Hauptstadt Lima wurden 700 Personen inhaftiert, von denen nach Angaben der Polizei mindestens 20 dem Leuchtenden Pfad oder der MRTA angehören. Am 25.5.1993 wurden wieder erbitterte Gefechte zwischen der MRTA und der Armee gemeldet. Die Regierung verlängert den Ausnahmezustand in weiten Teilen des Landes.

Im April 1995 gewann Fujimori die allgemeinen Wahlen in Peru mit über 60% der gültigen Stimmen. Organisatorische Mängel und Wahlbetrug waren unübersehbar. Der ehemalige UNO-Generalsekretär Perez de Cuéllar bekam mit inoffiziell 21,3 Prozent nicht einmal halb so viele Stimmen wie der Sieger. Der Pre- Die MRTA bestreitet nicht, daß sie in den vergangenen drei Jahren schwere Rückschläge hat hinnehmen müssen. Ihr Europa-Vertreter Isaac Velazco kennzeichnet diese Periode als taktischen Rückzug: „Als Folge der großen militärischen Offensiven der peruanischen Armee, der Repression gegenüber der Bevölkerung und der neoliberalen Politik standen wir mit sehr verringerter sozialer Basis da. Wir beschlossen, den Großteil der politischen und militärischen Strukturen in ländlichen Gebieten im Zentrum Perus, in der Selva Central, zu konzentrieren. Im restlichen Land blieben nur Kommando- und Milizstrukturen, die eine intensive politische und organisatorische Arbeit in Stadtteilen, mit Bauern und Arbeitern durchführen. (...) Heute sieht sich die Regierung der Situation gegenüber, daß wir in den letzten Jahren die politische Arbeit und die politisch-militärische Ausbildung neuer Kämpfer und Kader fortgesetzt haben und nie so angeschlagen waren, wie der Staat dachte."

Und zur Programmatik: „Natürlich bedarf die Transformation einer Gesellschaft der Zerstörung des alten Staates und des Aufbaus eines neuen. Das heißt, man muß die Macht übernehmen. Aber die Macht übernehmen für wen? Wozu? Und zu wessen Nutzen? Da liegt die zentrale Frage. Die Antwort lautet: Die Macht muß in den Händen der Arbeiter von Stadt und Land liegen. Es muß eine partizipative Demokratie geben. Mechanismen der Volksmacht müssen hervorgebracht werden. Und das praktizieren wir seit Jahren." (jW, 30.12.)

Im Zusammenhang mit der Geiselnahme in Lima wird viel über eventuelle Friedensverhandlungen zwischen MRTA und Regierung spekuliert. Bisher hat die Fujimori-Regierung dies immer ausgeschlossen. Und auch die MRTA-Vertreterin Norma Velazco gibt sich noch entschieden: „Die Militanten der MRTA (...) lehnen Friedensgespräche mit der Regierung kategorisch ab. Das betrifft alle MRTA-Mitglieder von der Basis bis zur Führung. Der revolutionäre Kampf für die Veränderung der Gesellschaft ist und bleibt notwendig."

kuk

Das durchs Parlament gepeitschte Gesetz für den Staatssicherheitsdienst in Südkorea bedeutet mehr Folter und mehr Menschenrechtsverletzungen !

Anfang Dezember letzten Jahres, knapp ein Jahr vor der Präsidentschaftswahl, plante die Partei von Präsident Kim, Young-Sam, die vor 4 Jahren entzogenen Befugnisse des Staatssicherheitsdienstes per Gesetzesänderung wiederherzustellen.
Sofort protestierte die oppositionelle Partei, Menschenrechtsorganisationen und Prominente gegen diesen Rückschritt mit berechtigter Kritik. Denn der Staatssicherheitsdienst ist ohnehin mit zuviel Macht ausgerüstet und begeht schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen. Mit dem neuen Gesetz wäre ein dramatischer Anstieg von Verhaftungen sowie Folter vorprogrammiert.
Ungeachtet dieser Proteste setzte die regierende Partei am 26.12. letzten Jahres in einer Nacht- und Nebelaktion das umstrittene Arbeitsgesetz und das Gesetz für den Staatssicherheitsdienst durch.

Der Staatssicherheitsdienst soll ab März bei Verstößen gegen Artikel 7 (Rühmen, Fördern oder Sympathiesieren mit dem 'Staatsfeind' od. 'Staatsfeindlichen Organisationen') und Artikel 10 (Unterlassung der Meldepflicht von mutmaßlichen 'Staatsfeinden') des Nationalen Sicherheitsgesetzes wieder ermitteln. Da die meisten der politischen Verhaftungen erfahrungsgemäß unter Artikel 7 nach dem Nationalen Sicherheitsgesetz fallen, kann der Staatssicherheitsdienst dessen Befugnisse wie unter der Diktatur als Freibrief mißbrauchen.

Es ist international bekannt, daß der berühmt-berüchtigte Staatssicherheitdienst (Angibu) in Südkorea über Jahrzehnte hinweg für unzählige Verhaftungen, mysteriöse Todesfälle von politisch Gesinnten, Folter und sexuelle Mißhandlungen verantwortlich ist.
Deshalb empfahlen verschiedene internationale Menschenrechtsorganisationen dem Präsidenten Kim, Young-Sam, das antiquierte Nationale Sicherheitsgesetz gründlich zu revidieren, damit das Grundübel solcher eklatanten Zustände ausgeräumt werden kann. Denn das sog. Nationale Sicherheitsgesetz, welches aus der Diktaturepoche stammt, wird heute noch dazu benutzt, um unliebsame Bürger als 'Staatsfeind' oder 'Spion' zu diffamieren.

Zur Zeit sitzen 735 politische Gefangene in Haft. 54% davon wurden wegen des Verstoßes gegen das sog. Nationale Sicherheitsgesetz inhaftiert. 17 Personen von diesen sitzen seit über 30 Jahren in Einzelhaft. Darunter sind U, Young-Gak bereits seit 40 Jahren und Yun, Young-Gi seit 39 Jahren in Einzelhaft. Gerade die nach dem Nationalen Sicherheitsgesetz verhafteten Personen waren brutalem und systematischen Verhör und Folter durch den Staatsicherheitsdienst ausgesetzt.

Präsident Kim, Young-Sam, der unermüdlich Reformen propagiert, muß umgehend die Gesetzesänderungen zurückziehen und sämtliche undemokratische Gesetze aufheben, wenn er wirklich als Reformpräsident in die Geschichte eingehen will.
Falls er weiterhin auf den verschärften Gesetzen beharrt, kann dies als Fortsetzung der Unterdrückungspolitik zur Zeit der Diktatur verstanden werden. Bekanntlich fiel der Staatssicherheitdienst gerade vor Wahlen durch Aktivitäten zugunsten der Herrschenden auf, z.B. indem sog. Spionagefälle konstruiert wurden.
Daher, fordern wir:
- **sofortige Rücknahme der Gesetzesänderung !**
- **sofortige Abschaffung des Nationalen Sicherheitsgesetzes !**
- **sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen!**

(**Protestkundgebung:**
am 16.Januar 1997, um 16 Uhr vor dem Südkoreanischen Konsulat in Berlin, Kurfürstendamm 180)

V.i.S.d.P. Unterstützungsgruppe für politische Gefangene in Süd-Korea, Y.S. Lee-Wallersheim, Genter Str. 23,50672 Köln

Stellungnahme zur Geheimdienst- und Arbeitsgesetzänderung

Die Regierung Kim Young Sam versprach Vergangenheitsbewältigung, Reform und Demokratisierung in Korea. Aber die Reformen beseitigten nur die politischen Gegner. Die Offenlegung von Stillen Teilhabern sollte die Verflechtung von Politik mit den Chaebol beseitigen. Die Reform scheiterte. Die Chaebol haben am meisten von der Privatisierung der staatseigenen Firmen profitiert.

Bisher konnte sich das hohe Wachstumsniveau der Wirtschaft aufgrund niedriger Arbeitslöhne und des starken Yen halten. Heute leidet das Ausfuhr- und Wirtschaftswachstum unter der angespannten internationalen Wirtschaftslage. Die Regierung und Chaebol versuchen nun die Krise auf die hohen Arbeitslöhne zu schieben und die wahren Ursachen zu vertuschen, wie z. B. die spekulationsbedingte Verteuerung der Bodenpreise (die sie selbst verursacht haben), die mangelnden Innovativinvestionen oder Massenproduktion billiger Waren. Die Wettbewerbsfähigkeit soll, angesichts der verschlechterten Wirtschaftslage, auf Kosten der Arbeiter gestärkt werden.

Die konservative Regierung setzte bereits im letzten Jahr gegen die Studentenbewegung massiv Polizei ein. Sie setzt nun weiterhin auf Gewalt. Die Unterdrückung demokratischer Bewegungen soll die Unterstützung der Konservativen bei der kommenden Präsidentenwahl sichern. Die **Änderung des Geheimdienstgesetzes zeigt die Absicht**: jetzt wird die Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten erlaubt. Die Gesetze führen zurück zur Militärdiktatur. Auch diesmal sollen mit Gewalt die von der Regierung verursachten Probleme gelöst werden. Diese Arbeitsgesetzänderung begräbt zentrale Punkte der Demokratisierung gänzlich.

1. Die **KCTU**, die bisher die rechtliche Sicherung der Arbeiter vertreten hat, wird bis zum Jahr 2000 nicht zugelassen. Das Grundrecht der **Organisationsfreiheit** ist dadurch **aufgehoben**. Die politische Anerkennung der sozialen Bewegungen, die die Demokratisierung nach vorne gebracht haben, wird durch die Ausgrenzung der Regierung verweigert.

2. Die Einführung **betriebsbedingter Kündigungen** ermöglicht willkürliche Entlassungen. Eine solche Maßnahme bedroht die Existenz der Arbeiter, da Arbeitslosenversicherungen und Programme zur Umschulung noch nicht richtig funktionieren. Das Gesetz sieht den **Einsatz von Streikbrechern** vor und hebelt damit das einzige Druckmittel der Arbeiter aus.

3. "**Flexibilisierung der Arbeitszeit**" bedeutet Verlängerung der Wochenarbeitszeit bis zu 56 Stunden ohne Überstundenzuschuß. Dieser Zuschuß ist notwendig, damit der geringe Lohn überhaupt zum Leben ausreicht.

Die Arbeitsgesetze müssen nun tatsächlich geändert werden. Sicherung der Existenzrechte und Schutz der Arbeitsbedingungen sind unabdingbar. Weiterhin muß die Einrichtung bzw. eine Erneuerung der Sozialversicherungen erfolgen. Unterdrückung statt Reformen rufen lediglich Widerstand hervor.

Wir solidarisieren uns mit dem Arbeitskampf in Korea, und fordern:

Sofortige Rücknahme der beiden Gesetzesänderungen

1. Legitimation der "Pluralgewerkschaften" auf allen Ebenen ohne Vorbehalt
2. Rücknahme der betriebsbedingten Kündigung und der Verlängerung der Arbeitszeit
3. Ausbau des Sozialversicherungswesens
4. Keine Ausweitung der Ermittlungsbefugnisse des Geheimdienstes
5. Rücknahme der Haftbefehle gegen Streikende

16. 1. 1997

Koreanischer Studentenverein an der FU Berlin

Generalstreik in Südkorea:
Forderung, Inhalt der Gesetzänderung

__Forderungen der Gewerkschaften__

- Rücknahme der Revision der beiden Gesetze;
- völlig neue Verhandlung für die Revision des Arbeitsgesetzes;
- sowie Rücktritt vom Präsidenten Kim Young Sam.

__Inhalt der Revision des Geheimdienstgesetzes__

- Haftrecht gegen Lob und Ermunterung des Feindes (d.h. Nordkoreas) und Nicht-Anzeige der Spionage gehört wieder zum Geheimdienst (Nationalsicherheitsbehörde) wie bei dem Militärregime: Seit 1993, gleich nachdem der zivile Präsident Kim Young Sam gewählt wurde, hatte dieses Recht zur normalen Polizei durch Anerkennung seines bisherigen Mißbrauchs gehört.

__Hauptstreitpunkte der neuen Arbeitsgesetzes__

- Flexibilisierung der Zahl der Arbeitsstunden pro Woche bis 56 hinauf ohne ausgleichende Bezahlung;
- Erleichterung der Entlassungen aus Rationalisierungs- und Geschäftsgründen, also schon bei einfachem Besitzwechsel;
- Stellung der radikaleren, nämlich nicht von Staat und Management abhängigen, Gewerkschaftsbünde in die Illegalität.

Inhalt der Revision des Arbeitsgesetzes

Art	das neue	das alte
"Pluralgewerkschaften"	■ ab 2000 auf der Top-Ebene ■ ab 2002 auf der Betriebsebene unter Bedingung der Vereinheitlichung des Verhandlungsschalters	■ kategorisch verboten
Bezahlung der Bezüge für die Gewerkschaftsfunktionären	■ verboten ab 2002 ■ Bemühung der beiden Verhandlungspartner um die Kürzung der Bezahlung bis 2002	■ Verbot der Unterstützung der Gewerkschaftsverwaltung
Verbot der Einmischung der Dritten	■ gestrichen ■ nur möglich, falls die Verhandlungspartner fordern	■ verboten
Ersatzarbeit während des Streiks	■ erlaubt innerhalb des streikenden Bereichs ■ erlaubt neue Akkorde ■ erlaubt neue Anstellung und Ersatzaufnahme von außen	■ Verbot der neuen Anstellung und Ersatzaufnahme der in keinem Zusammenhang mit dem Streik Stehenden
Gewerkschaftsmitgliedschaft der Entlassenen	■ anerkannt bis zur Beurteilung der beantragten Wiederaufnahme des Verfahrens vom Zentralarbeitskomitee	■ anerkannt bis zur Beurteilung des Obersten Gerichts, falls es über die Gültigkeit der Entlassung vor Gericht verhandelt wird
Politische Aktion der Gwerkschaften	■ gestrichen die alte Verbotsregelung ■ Disqualifikationsregelung der Gewerkschaftsaktion mit dem Hauptziel der politischen und sozialen Bewegungen	■ kategorisch verboten
Lohnzahlung im Streik	■ verboten ■ Verbot auch der Streiks mit der Forderung dieser Lohnzahlung	■ Prinzip der „keine Arbeit - kein Geld"
Flexibilisierung der Arbeitszeit	■ erlaubt nach der Arbeitsordnung bis 48 Stunden pro Woche in zwei Wochen ■ möglich nach der Vereinbarung bis 56 Stunden pro Woche im Monat	■ keine bestimmte Regelung
Betriebsbedingte Kündigung	■ anerkannt die Begründung der Entlassungen bei den dringenden betrieblichen Erfordernissen wie Finanznot, Restrukturierung und Betriebsartwechsel ■ erfordert der Anerkennung des Arbeitskomitees auf dem Fall der mit mehr als bestimmter Zahl Entlassungen ■ muß dem Betroffenen und der Gewerkschaft mitgeteilt werden, 60 Tage vor der Entlassung	■ keine bestimmte Regelung

Dringender Aufruf für das Leben und die Gesundheit von Benjamin Ramos Vega!

An die deutsche und spanische Öffentlichkeit:

Wir bitten Sie dringend, den folgenden Offenen Brief an den Berliner Kammerrichter Dr. Nöldeke zu lesen und, soweit es Ihnen möglich ist, weiterzuverbreiten und zu veröffentlichen. Setzen Sie sich bei Dr. Nöldeke für das Leben und die Gesundheit von Benjamin Ramos Vega ein! Protestieren Sie gegen diese Zustände! Falls Sie weitere Informationen wünschen, stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

mit freundlichen Grüßen,

Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega

- Offener Brief -

Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega
Wilhelmstraße 9, 10963 Berlin
Fax 030 - 2518539

an
Herrn Dr. Werner Nöldeke
Vorsitzender des 4.Strafsenats des Berliner Kammergerichts
Witzlebenstr. 4-5, 14057 Berlin
Fax 030 - 32 092-266

Sehr geehrter Herr Dr. Nöldeke,

wir wenden uns mit diesem Offenen Brief an Sie, weil wir der Meinung sind, daß Sie weiterhin für das Leben und die Gesundheit von Benjamin Ramos Vega verantwortlich sind.
Benjamin Ramos Vega hatte vom 28. Januar 1995 bis zu seiner Auslieferung an den spanischen Staat am 5. Juni 1996 in Berlin-Moabit in Auslieferungshaft gesessen. Er soll das Kommando Barcelona der baskischen Befreiungsbewegung ETA durch Anmieten einer Wohnung unterstützt haben.

Sie, Herr Dr. Nöldeke, haben als Vorsitzender Richter des 4. Strafsenats des Kammergerichtes Berlin mit Beschluß vom 13. Oktober 1995 seine Auslieferung von Zusicherungen des spanischen Staates abhängig gemacht. U.a. haben Sie gefordert, daß der Verfolgte (d.i. Benjamin Ramos Vega) „die Untersuchungshaft ohne Isolation verbüßen muß" und daß „es dem Verfolgten nach seiner Auslieferung gestattet werden soll, die Rechte eines normalen Untersuchungsgefangenen wahrzunehmen (...)". Ferner soll für Benjamin Ramos Vega, der HIV-Positiv ist, eine „sachgerechte medizinische Behandlung der Erkrankung (...) gewährleistet sein". Sie haben mit Beschluß vom 27. Dezember 1995 die Auslieferung von Benjamin Ramos Vega für rechtlich zulässig erklärt, obwohl Sie von der Verteidigung während des Auslieferungsverfahrens eindringlich darauf hingewiesen wurden, daß in dem von spanischer Seite eingereichten Aide Mémoire die erbetenen Zusicherungen im wesentlichen nicht erteilt wurden. Die Verteidigung hat Sie auch mehrfach (zB. im Antrag vom 20. September 1995) darauf aufmerksam gemacht, daß „die gesundheitliche Versorgung für den Personenkreis der HIV-Positiven, zu dem der Verfolgte gehört, in spanischen Gefängnissen mehr als unzureichend ist". „Gleichfalls sind die sanitären Bedingungen so, daß die große Mehrzahl der HIV-Positiven Häftlinge in Spanien regelmäßig aufgrund der mangelhaften sanitären Verhältnisse an opportunistischen Infektionen erkranken, insbesondere an Tuberkulose, was einen Großteil der Todesfälle in Untersuchungs- oder Strafhaft in spanischen Gefängnissen zur Folge hat". Diese allgemeinen Zustände in den spanischen Gefängnissen sind von der Verteidigung hinreichend belegt worden, ua. durch ein Urteil des Landgerichts Kleve, das durch einen erschütternden Bericht über die Verhältnisse in spanischen Gefängnissen dazu veranlaßt wurde, einen Tag Auslieferungshaft in Spanien auf drei Tage hier zu verbüßender Freiheitsstrafe anzurechnen. Es kann Ihnen, Herr Dr. Nöldeke, also keinesfalls verborgen geblieben sein, in welche Situation Sie Benjamin Ramos Vega ausliefern.

Wir, das Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, haben am 20. Dezember 1996 Benjamin Ramos Vega im Gefängnis von Alcála Meco, wo er zur Zeit einsitzt, besucht. Wir haben uns vor Ort über seine Haftsituation in den sieben Monaten seit seiner Auslieferung, über seinen Gesundheitszustand und über die Einhaltung der Zusicherungen informiert. Wir mußten mit Befremden feststellen, daß weder Sie, Herr Dr. Nöldeke, noch die deutsche Botschaft, noch irgendeine andere offizielle Stelle, die für die Auslieferung mit verantwortlich ist, sich bisher überhaupt in irgendeiner Weise über die Situation von Benjamin Ramos Vega informiert hat. Wir fragen Sie: Welchen Wert haben Zusicherungen, wenn niemand ihre Einhaltung prüft?

Direkt nach seiner Auslieferung wurde Benjamin Ramos Vega im Gefängnis von Carabanchel in der Nähe von Madrid inhaftiert. Dort wurde er auf die Krankenstation verlegt, zusammen mit Gefangenen, die an ansteckenden Infektionskrankheiten wie z.B. Tuberkulose litten, daneben Drogenabhängige auf Entzug oder im Kampf gegen die „Abstinenz". Benjamin Ramos Vega erhielt dort keine Diät, obwohl diese ärztlich verordnet worden war; ebensowenig ein homöopathisches Präparat, das er vor seiner Festnahme eingenommen hatte. Da die Krankenstation in Carabanchel völlig überfüllt ist, wird Benjamin Ramos Vega am 2. Juli 1996 dort heraus verlegt und isoliert. Erst auf seinen Protest hin wurde die Isolation am 6. Juli aufgehoben. Am 17. Juli erhielt er - nachdem er mit Hungerstreik gedroht hatte - seine Diät. Zehn Tage später wurde er in das Gefängnis von Alcála Meco verlegt, wo ihm wiederum die Diät vorenthalten wurde. Erst Mitte August erhielt er sie. In Alcála Meco sind die hygienischen und sanitären Bedingungen derart schlecht, daß ab Oktober dort Tuberkulose in einem solchen Ausmaß grassierte, daß die warmen Gemeinschaftsduschen abgestellt werden mußten, um eine weitere Ausbreitung der Infektionskrankheit zu verhindern. Eine ärztliche Untersuchung im Herbst ergab, daß die Anzahl der T4 - Helferzellen, die ein Maßstab für die Abwehrkräfte von Benjamin Ramos Vega sind und die vor seiner Festnahme bei 400 im Normalbereich lagen, mittlerweile auf 190 gefallen sind!!!
Dazu Benjamin Ramos Vega: „Man hätte mich nicht isolieren dürfen, und wenn die grundlegenden hygienischen Bedingungen akzeptabel gewesen wären, wären meine Blutwerte in den letzten fünf Monaten nicht in dieses kritische Stadium gefallen. Wenn ich sie mit den letzten Ergebnissen in Moabit vergleiche, sind sie um über die Hälfte gesunken. Das heißt, ich befinde mich in einem Zustand, in dem sich „opportunistische Krankheiten" leicht entwickeln können".

In Alcála Meco ist Benjamin Ramos Vega, obwohl formal Untersuchungshäftling, in der Strafhaftabteilung inhaftiert. Er befindet sich also keinesfalls in „normaler Untersuchungshaft". Er ist u.a. zusammen mit Drogenabhängigen inhaftiert, bei denen die Gefahr von Infektionskrankheiten und damit die Ansteckungsgefahr für Benjamin Ramos Vega erwiesenermaßen besonders hoch ist. Seine Kommunikation - schriftliche wie mündliche - wird in Alcála Meco, ebenso wie in Carabanchel, überwacht. Seine Post, auch die an seine Anwältin, kann nicht nur vom zuständigen Richter, sondern auch von jedem beliebigen Schließer gelesen werden.

Die Haftsituation von Benjamin Ramos Vega ist also genau so schlecht, wie es Ihnen die Verteidigung in Berlin vorausgesagt hat. Wie auch von der Verteidigung vorausgesagt, werden die Garantien von Seiten des spanischen Staates nicht eingehalten. Das hat zu einer dramatischen Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Benjamin Ramos Vega geführt. Es besteht Lebensgefahr! Wir sind der Meinung, daß er inzwischen haftunfähig ist.

Wie Sie Herr Dr. Nöldeke aus dem Antrag der Verteidigung vom 4. Dezember 1995 wissen, sind 1994 183 Personen mit AIDS in spanischen Gefängnissen verstorben, von denen 100 einen Antrag auf vorzeitige Entlassung gemäß Artikel 60 der Haftordnung gestellt hatten, aber aufgrund der Bearbeitungszeiten von durchschnittlich sieben Monaten die Entscheidung über ihren Entlassungsantrag nicht mehr erlebt haben. Ferner hat die Verteidigung sie schon im Antrag vom 20. September 1995 darauf hingewiesen, daß in Spanien überlange Untersuchungshaftzeiten gang und gäbe sind, was auch schon vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kritisiert worden ist. Benjamin Ramos Vega ist jetzt bereits fast zwei Jahre in Haft, davon sieben Monate in Spanien und für einen Prozeß gegen Benjamin Ramos Vega gibt es immer noch keinen Termin, obwohl der, der unter Folter die Aussagen gemacht hat, die zu seiner Verhaftung führten, längst verurteilt ist. Diese Verschleppung ist eine weitere Gefahr für die Gesundheit von Benjamin Ramos Vega. Wir erwarten von Ihnen, Herr Dr. Nöldeke, daß sie sich als der für die Auslieferung verantwortliche persönlich für die Haftsituation von Benjamin Ramos Vega und die Einhaltung der von Ihnen selbst geforderten Garantien einsetzen. Wir erwarten, daß das wegen der kritischen Gesundheitssituation von Benjamin Ramos Vega sofort und in aller Intensität geschieht.
Wir weisen Sie darauf hin, daß wir diesen Brief mit gleicher Post der spanischen und deutschen Öffentlichkeit, Mitgliedern der Parlamente und internationalen Menschenrechtsorganisationen zur Kenntnisnahme zusenden.

gez.,

Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega

Kampf der rechtsextremen Jungen Freiheit!
Keine Kriminalisierung der radikal!
Keine Kriminalisierung der PDS!
Freiheit für das Internet! Stoppt die Zensur!



Prozeß gegen Angela Marquardt

Am 4. Februar beginnt vor dem Amtsgericht Berlin der politische Prozeß gegen die ehemalige PDS-Vize-Vorsitzende Angela Marquardt. Ihr wird zum Einen vorgeworfen, in einem Interview mit der "Wochenpost" angeblich den Brandanschlag auf die Druckerei der rechtsextremen "Jungen Freiheit" als legitim bezeichnet zu haben und zum Anderen, auf ihrer Homepage im World Wide Web (WWW) des Internet einen Link zur "radikal" gelegt zu haben. Bei beiden Verfahren wird der Vorwurf "Billigung und Belohnung einer Straftat" erhoben. Außerdem soll sie mit dem Link "Beihilfe" zur "Anleitung zu einem gemeingefährlichen Vergehen" (Bahnanschläge gegen den Castor-Transport) (§ 130 StGB) geleistet haben. Aus Akten der Bundesanwaltschaft (BAW) geht hervor, daß die BAW offenbar plant, auch noch nach § 129a gegen Angela Marquardt zu ermitteln. Sie soll mit ihrem Link auch für die "terroristische Vereinigung" Rote Zora geworben haben. Die Vorwürfe gegen Angela sind zum Teil identisch mit denen gegen die Angeklagten im "radikal"-Verfahren. Außerdem sollen die BAW-Akten aus den "radi"-Verfahren als Hilfsakten im Prozeß gegen Angela herangezogen werden. Daher darf dieser Prozeß gegen Angela nicht losgelöst betrachtet werden - zumal hier fünf politische Angriffe zusammenkommen: gegen Antifaschismus, gegen die "radikal", gegen die Freiheit des Internet, gegen die PDS, und zudem soll eine in den Augen der Herrschenden viel zu populäre Linksradikale eingeschüchtert werden. Die beiden Verfahren gegen Angela sollen auf Wunsch der Staatsanwaltschaft zusammengelegt werden. Angela hat erklärt, daß sie diese Gleichsetzung nicht akzeptieren will und hat Trennung beantragt. Da der Prozeß jedoch zunächst einmal wohl mit beiden Verfahren eröffnet wird, sollen hier auch beide kurz skizziert werden:

Das "Junge Freiheit" - Verfahren

Am 24. August 1995 erschien in der Ostberliner Wochenzeitung "Wochenpost", die inzwischen von der "Woche" (West) geschluckt wurde, ein Interview mit Angela Marquardt unter der Überschrift "Ich bin radikal" abgedruckt. In dem Interview fragte der Journalist Angela zu allen brisanten und strafrechtlich möglicherweise relevanten Themen wie Autonome, RAF, PKK, Antifa, Militanz/Gewalt etc. Unter anderem fragte Frank Hauke, so der Name des Journalisten: "Wie finden Sie es, wenn Brandanschläge auf die Druckerei der rechtsgerichteten Zeitung >Junge Freiheit< stattfinden?" Darauf antwortete Angela: "Ich halte es für legitim zu verhindern, daß die >Junge Freiheit< gedruckt werden kann." Um diesen Satz geht es. Hauke hat offenbar versucht, Angela noch weitere justiziable Sätze zu entlocken. Angela in der "jungen Welt" (10.1.1997): "Hauke wollte mir immer entlocken, daß ich gerne Steine schmeiße und gewalttätiges Handeln unterstütze."
Diese Engagement von Hauke verwundert nicht, wenn man folgendes weiß: Wie die "jW" am 19. Oktober 1995 enthüllte, ist Hauke kein unbeschriebens Blatt in der rechten Szene. Er ist selbst JF-Abonnent und veröffentlichte in dem Buch "Wir 89er" einen Beitrag. Für das Buch warb die JF damit, es sei "im Grunde als >JF-Buch< zu bezeichnen". Hauke unterschrieb auch den Aufruf "Gegen das Vergessen", mit dem der 8. Mai, der Tag der Befreiung vom Hitler-Faschismus durch rechte und rechtsextreme Promis als Tag der Niederlage umgedeutet werden sollte. Die Anzeige der JF gegen Angela erfolgte nur einen Tag nach der Veröffentlichung des Interviews in der "Wochenpost".

Zum "radikal"/Internet-Verfahren

Um etwas gegen die Kriminalisierung der "radikal" zu tun, hat Angela Marquardt im Januar 1996 in ihrem Internet-Verzeichnis einen Link zum niederländischen Solidaritätskomitee für politische Gefangene (SPG) gelegt. SPG hatte im Internet Auszüge aus der "radikal" Nr. 153 veröffentlicht. ImAugust `96 spielte SPG auf die selbe Seite die "radikal" Nr. 154 ein. Bevor man von Angelas Homepage zu dem Link kommt, ist eine Seite vorgeschaltet, in der die Promi-Erklärung gegen die Zensur der "radikal" veröffentlicht ist, und außerdem eine Erklärung von Angela, in der sie sich von den in der "radi" 154 aufgeführten Anschlägen distanziert und betont, daß die Diskussion über Militanz nicht verboten werden darf.
Es geht in dem Verfahren nicht nur darum, Solidarität mit der "radikal" zu verfolgen. Es geht auch um einen Präzedenzfall in Fragen der Internet-Zensur. Denn wenn Angela verurteilt wird, bedeutet das, daß künftig jede/r, die/der einen Link irgendwohin schaltet, für alles was dort auf den entsprechenden Seiten zu lesen ist, strafrechtlich verantwortlich gemacht werden kann - selbst wenn die Seiten im Ausland beheimatet sind. Das wäre ein ungeheurer Eingriff in die Kommunikationsstrukturen des WWW. Außerdem: Ein Link ist keine Querverbindung zu in diesem Fall von Angela eingespeiste Seiten im WWW, sondern zu Seiten, auf die Angela gar keinen Einfluß hat. In diesem Fall betreut SPG die umstrittenen "radi"-Seiten und kann jederzeit den Inhalt ändern. Nun ist es aber nicht ungewöhnlich, daß jemand der/die im Internet besonders aktiv ist, hunderte Links in alle Welt hat. Es ist unmöglich alle "angelinkten" Seiten ständig auf ihre strafrechtliche Relevanz zu überprüfen. Außerdem lagert z.B. die "radi"-Seite in den Niederlanden, wo ganz andere Gesetze herrschen. Die juristische Grundlage des Verfahrens gegen Angela ist also sehr dünn. Das liegt daran, daß es noch kaum Rechtssprechungen zum Internet gibt. Genau das soll sich aber ändern. Und die "radikal" ist genau der richtige Vorwand für die Staatsanwaltschaft, die unbedingt ein Urteil haben will.

Genauere und aktuelle Infos und den heißbegehrten Link zur "radikal" findet Ihr über Angelas Homepage. Achtung: Nach der politisch motivierten Sperrung ihres Verzeichnisses durch den Provider (Anbieter) Compuserve, hat Angela eine neue WWW-Adresse:

http://yi.com/home/MarquardtAngela/

Kommt zu dem Prozeß! Solidarisiert Euch in den Euch möglichen Formen!
Der Prozeß beginnt am **Dienstag, den 4. Februar** um **10 Uhr**
im **Amtsgericht** [illegible] MOABIT
Wilsnacker Str. 4 , Saal c 201

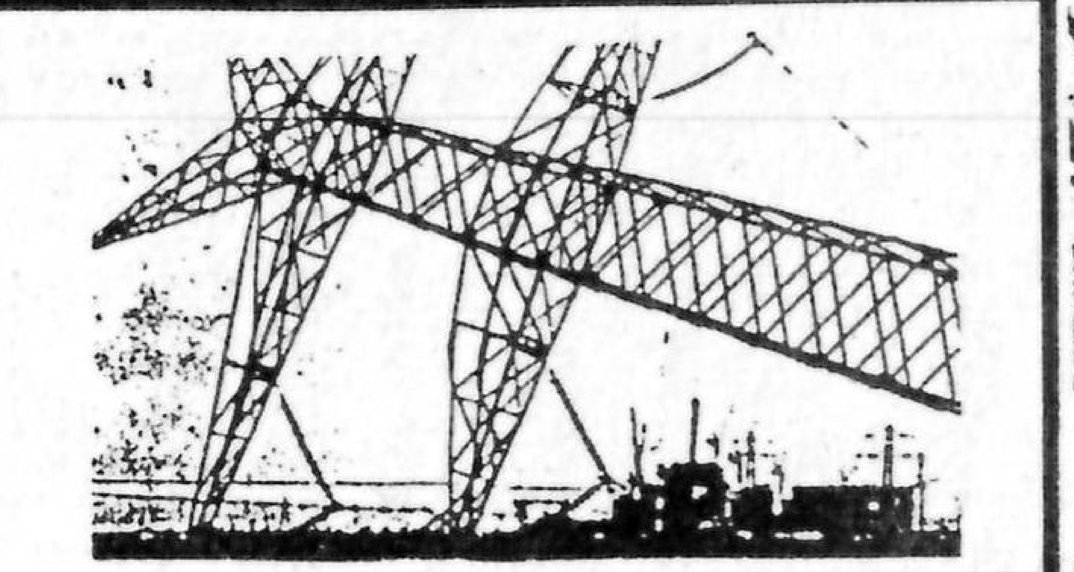
Kommt massenhaft!

Zum Jahrestag des Lübecker Brandanschlags, dem 18.01.96, wurden im Namen von verschiedenen Schleswig-Holsteinischen Tageszeitungen gefälschte Presse-Entschuldigungsschreiben „wegen Teilnahme an der Verunsicherung der Öffentlichkeit" zu tausenden in mehreren SH-Städte als Hauswurfsendung verteilt.

Antifaschistische und Antirassistische Gruppen

„Wenn der Castor kommt"

Vortrag über Atommülltransporte
mit Wolfgang Kühr (Bonn)
am 31.1.1997 um 19.30 Uhr
im Versammlungsraum, Gneisenaustr.2a, Berlin



Veranstaltet von : Ökologische Linke (ÖkoLi) Berlin

Fr. 31.1. 11 Uhr Kundgebung Sozialamt Wedding, Müllerstr.146, U-Bahn Leopoldpl.

Sa. 1.2 11 Uhr Antifa-Demo Eschweiler

Sa. 1.2. Bundesweiter dezentraler Aktionstag gegen Atommülltransporte

Prozeßkosten **Soli Konzert + Party**
mit
Wahre Schule (Hip Hop)
+ div. DJ's
+ Vokü ab 19 Uhr
1.2.
Lychenerstr. 60

1917 - 1997 80 Jahre Russische Revolution

Info- und Diskussionsveranstaltung mit Video
80 Jahre Oktoberrevolution in Rußland. Weltweit hörten die Völker die Signale - von Argentinien bis Deutschland. Jedoch schon 1920 schrieb Kropotkin: Wie die Revolution nicht gemacht wird! 1922 erschien von E. Goldmann das Buch: „Der Niedergang der russ. Revolution". Einer (von vielen) blieb in Rußland der Bolschewiki. Victor Serge, selbst russischer Abstammung blieb trotz alledem.

Sein Buch: „Erinnerungen eines Revolutionärs" wurde 1968 im Verlauf der weltweiten StudentInnenrebellion für kurze Zeit „wieder entdeckt". Not und Begeisterung 1919-20; Revolution in der Sackgasse 1926-28 bis er in der Verbannung landet und 1936 durch int. Druck frei gelassen wurde. Seine Beschreibung ist gerade heute von bestechender Aktualität. Der Zusammenbruch, vor allem der Sowjetunion (Union der Räte) wird in dieser erlebnisreichen Biographie vorweg genommen. In diesem Sinne genug Anlaß einer reflexionsreichen Aufarbeitung und Diskussion - denn „Geschichte wird gemacht!"

Sa. 01.02. um 19.00 Uhr

El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin
tel. 785 99 73 — U + S - Bahn Yorkstr., Bus 140 + 119

Diskussionsveranstaltung des Revolutionären Funken

Es finden sich solange willige Vollstrecker wie der gute Staatsbürger gefragt bleibt.
- Kritische Anmerkungen zur Goldhagen-Debatte -

Montag den 3. Februar um 19 Uhr im A-Laden, Rathenower Strasse 22 (Berlin Moabit)



Di. 4.2. 10 Uhr Prozeß gegen A.Marquardt, Amtsgericht Moabit, Saal c 201

Di. 4.2. 20 Uhr Aktionstreffen zu G7 , Versammlungsraum Mehringhof

Mi. 5.2. 19 Uhr Veranstaltung an den Schnittstellen der Kommunikationsgesellschaft, im X-B Liebig

ANTI-ATOM-DEMONSTRATION
am Samstag 8. Februar 1997
13 Uhr Breitscheidplatz (Berlin)

5. BERLINER KIFF IN

Hanfmontag für die Legalisierung
Entkriminalisierung
Entkerkerung
der Hanfpflanze

am Montag, 10. 2. 1997, 17.00 Uhr
auf dem Alexanderplatz
an der Weltzeituhr (U-Bahnlinie 2)

60 Jahre "Marijuana Tax Act "in den USA (1937)
15 Jahre Hanfverbot in der BRD (1982)

Manifestieren wir auf diesem KIFF IN die Forderung nach Coffeeshops, freiem Anbau und Handel, Reinheitsgebot, Amnestie für alle BtM -Gefangenen.

Save The Planet - Legalize it!

bald ist es soweit:

AK KRAAK 15

feiert am 13.2.97 Premiere!!!
deshalb organisiert schnell Eure Veranstaltungen und bestellt schon jetzt bei:
AK Kraak c/o JoJo
Torsrtr.216 10115 Berlin
Tel.282 37 27

CASTOR ALARM!

SCHIENENAKTIONSTAG

IM WENDLAND

15. FEB.1997
AUFTAKT: 12.00 Zernien Bhf.
ABSCHLUSS: 17.00 Hitzacker Bhf.

Von Berlin aus fahren Busse:
Abfahrt um 7.00 Uhr. TU ∘ Mathegebäude. Str. des 17. Juni
Vorverkauf Buchladen Schwarze Risse ∘ CX [Gneisenaustr 2a] Infoladen M99 [Manteuffelstr 96]
Vollversammlung Mittwoch den 12.Feb um 20.00 Uhr im Krahenfuß in der Humboldt • Uni

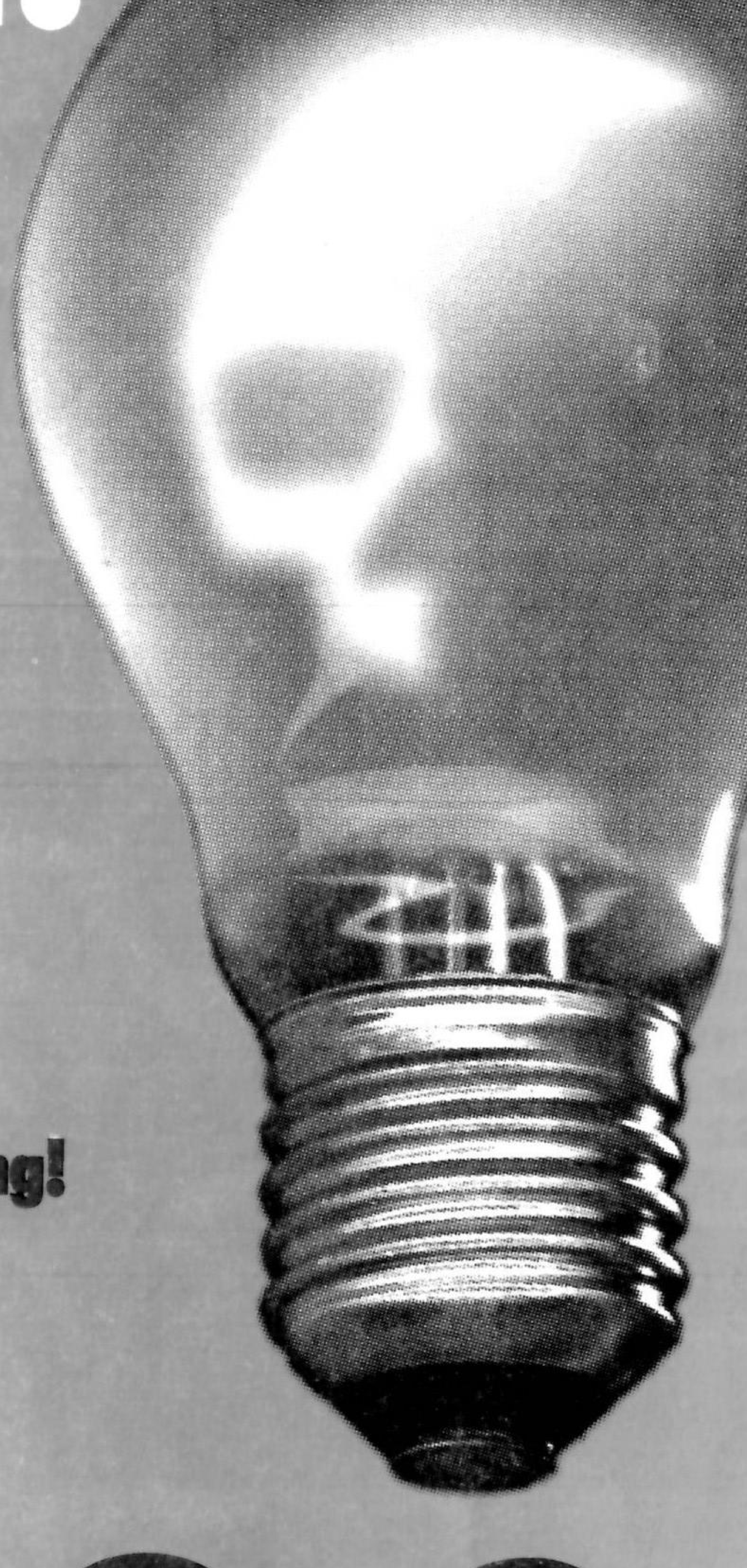
ANTI - ATOM - PLENUM - Berlin ★ Kurfurstenstraße 14 ★ 10785 Berlin ★ Tel. 030/2616252 ★ Fax 030/2619812

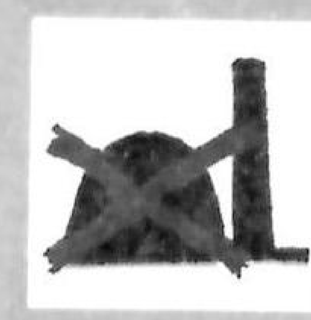
Wildcat-Zirkular 1 - 31
Index

Abonniert das Wildcat-Zirkular!
6 Ausgaben 30 DM (inkl. Porto)
Schriftliche Bestellungen an
Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
und Überweisung an
Sisina GbR, Kto. Nr. 315 02 109, Postbank Bln, BLZ 100 100 10
(Abos sind rückwirkend ab Nr. 27 möglich.)

Anläßlich des 150jährigen Jubiläums laden wir ein:

SIEMENS abschalten!





Sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit!



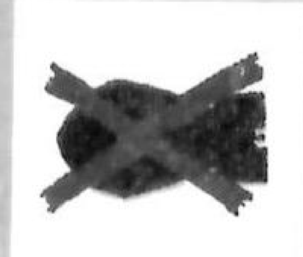
Abschaffung des herrschenden Systems!



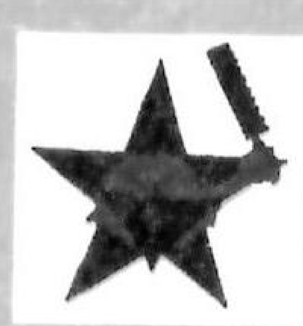
Kein Transport von Atommüll nach Gorleben und anderswo!



Entschädigung aller ZwangsarbeiterInnen!



Kein Forschungsreaktor in Garching! Keine deutsche Atombombe!



Radikal und beweglich bleiben!

V.i.S.d.P.: H. v. Pierer, 91050 Erlangen

DEMO 8.2.97

13 Uhr Breitscheidplatz

DB+U+S-Bhf Zoologischer Garten

21 Uhr NIX³-Konzert in der KØPI 137